

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 6.40 RM., monatlich 1.80 RM.,
 frei ins Haus, vorausschickbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Monatlich vom Postamt abzubuchen
 1.80 RM., vom Postamt mit Haus ge-
 bracht 1.94 RM. Einzelne Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4.— RM., für das übrige Ausland
 6.50 RM. monatlich. Ausland ins Geld
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— RM.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Dän., D., D., D., Schweden
 und die Schweiz. Eingetragenes in die
 Post-Versendung-Verschlusssache.
 Erscheinung täglich.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die beidseitige halbe Spalte (zwei Spalten
 20 Zeilen) „Kleine Anzeigen“, das
 fertige Wort 20 Pf. (zählend
 2 fertige Wörter), jedes weitere
 Wort 15 Pf. Zeichengröße und
 Schriftführerangelegenheiten das erste Wort
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
 Jede über 15 Buchstaben zählende
 Zeile kostet 20 Pf. Zeichengröße 20 Pf.,
 gewöhnliche 15 Pf. „Kleine Anzeigen“
 20 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Postamt Berlin
 65. 68. Lindenstraße 3. abgeben
 werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Sonntag, den 27. Oktober 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Nordhafen, Nr. 151 90—151 97. | Fernsprecher: Amt Nordhafen, Nr. 151 90—151 97.

Der Reichstagsbeschluss für Demokratie.

General Ludendorffs Abschied genehmigt.

Der Reichstag hat gestern in dritter Lesung die freiheitliche Aenderung der Reichsverfassung, entsprechend dem gestern hier wiedergegebenen Mehrheitsantrag, beschlossen.

General Ludendorff hat seinen Abschied eingereicht, der bewilligt worden ist.

Von allen Beschlüssen, die vom Deutschen Reichstag zur freiheitlichen Ausgestaltung unserer Verfassung gefasst worden sind, ist der geistige zweifelloste der am tiefsten einschneidende. Durch das Grundgesetz des Reiches ist jetzt ausgesprochen, daß kein Reichskanzler im Amt bleiben kann, der nicht das Vertrauen des Reichstags besitzt, dieser hat es somit in der Hand, jeden ihm nicht mehr vertrauenswürdigen Kanzler zu beseitigen und ihn durch einen Mann seines Vertrauens zu ersetzen. Der Kanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser vornimmt. Die Ernennung und Beratscheidung von Offizieren jeden Grades, vom Leutnant bis zum Feldmarschall; kann künftig nur unter Verantwortung der parlamentarischen Regierung erfolgen, in deren Hand somit die volle politische Macht übergeht. Doch weder Kriegserklärungen erlassen noch Friedensverträge geschlossen werden können ohne die Zustimmung des Reichstags, ist nur eine selbstverständliche Folge dieser grundstürzenden Aenderung.

An dem Tage, an dem dieser Beschluß gefasst wurde, trug der Vortragsbericht nicht mehr die Unterschrift des Generalquartiermeisters, sondern war vom „Chef des Generalstabs des Feldheers“ unterzeichnet. Das bedeutet, daß Ludendorff geht und Hindenburg bleibt. Aus dem Persönlichen ins Sachliche überseht, es bedeutet die Entpolitisierung des Militärs. Ludendorff war der Typ des politischen Generals, Hindenburg ist es nicht, will es in Zukunft nicht sein. Wenn sein Name vielfach zu Dingen mißbraucht wurde, die nicht mehr zur Sphäre des rein Militärischen gehören, so lag das vor allem an seinem bisherigen ersten Ratgeber, der nicht nur ein Soldat, sondern auch ein heißblütiger, alldeutsch-konfessioneller Politiker war. Fortab sollen aber die Soldaten nichts als Soldaten sein, und die Politik wird ausschließlich von der verantwortlichen Regierung geführt.

Man begrüßt, daß der konfessionelle Redner des geistigen Tages in die Worte ausbrach, der Antrag der Mehrheit bedeute den Umsturz alles dessen, was seiner Partei das Heiligste gewesen sei, und daß in der konfessionellen Presse derselbe Ton angeschlagen wird. Ja, es ist aus, wirklich aus mit der konfessionellen Parteiherrschaft, die im Namen der starken Konarchie ausgeübt worden ist, nichts wird bleiben von dem Glanz und Hitzler, das alles liegt auf den flandrischen Schlachtfeldern begraben, und das Volk könnte glücklich sein, wenn dort nichts begraben läge als dies!

Aber es ist zuzugeben, daß der Beschluß des Reichstags nicht nur die parteigegensätzlichen Ziele der Konservativen, sondern auch die Empfindungen mander Volksteile schmerzhaft trifft. Denn er spricht aus, daß die Geschichte einer Dynastie im wesentlichen zu Ende gegangen ist und daß die Geschichte des deutschen Volkstaates beginnt.

Neue Kreise werden lernen müssen, sich mit der unidirektiven Entscheidung der Geschichte abzufinden. Für die Masse des deutschen Volkes aber bedeutet der Beschluß keine Erniedrigung sondern eine Erhöhung. Man erkennt die ganze Perverstheit des konservativen Denkens daran, daß es ihm Schmach und Schande ist, wenn das Volk die Leitung seiner Geschichte selbst in die Hand nimmt.

Was gekommen ist, mußte kommen, auch wenn Deutschland geliegt hätte! Denn die deutsche Sozialdemokratie war entschlossen, den Sieg Deutschlands nicht zu einem Sieg des alten Systems werden zu lassen, jeder sozialdemokratische Arbeiter hätte dann mit seinem Leben dafür einstehen müssen, daß solcher Mißbrauch unmöglich wurde. Konnten die Massen aus dem Felde heimkehren, um sich freuchen zu lassen? Die unglückliche Wendung des Krieges hat uns vielleicht wenigstens die allerhöchsten inneren Kämpfe erspart!

Wir wenden die praktische Lebensweisheit der Engländer an, to make the best of it, das beste daraus zu machen, indem wir uns der trüben auswärtsigen Lage zunächst einmal die notwendigen Folgerungen im Innern ziehen. Dadurch beweisen wir der Welt, daß Deutschland kein Korea ist, kein Staat, der im Unfluge die Kraft der Weiterbildung verloren hat, daß man mit ihm auch in Zukunft als einen lebenskräftigen Faktor europäischer Volksgeschichte rechnen muß. Das ist ein großer Gewinn für die Friedensverhandlungen und für unsere ganze künftige Stellung in der Welt.

Während die Konservativen über den Umsturz des Geistes klagen, finden andere, es sei noch so gut wie nichts geschehen. Damit wird, mit einer gewissen rednerischen Uebertreibung, ausgesprochen, daß noch sehr viel zu tun ist, und das ist auch

Kämpfe bei Dinze und zwischen Schelde und Eys — Schwere Verluste belgischer Bevölkerung — Zwischen Schelde und Duse französischer Angriff 60 Kilometer Front — Villers le Sec vom Feinde besetzt — Starke Panzergeschwader westlich der Aisne zerstört — Einbruchstelle nordwestlich Herpy.

Berlin, 26. Oktober 1918, abends. Amtlich.
 In Flandern ruhiger Tag. Teilkämpfe zwischen Schelde und Duse. Von der Duse bis zur Aisne hat der Franzose seine Angriffe fortgesetzt. Südlich der Duse wurden sie nach anfänglichem Geländegewinn zum Stehen gebracht, an der übrigen breiten Angriffsfrent sind sie gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Ein gewaltiges dank der glänzenden Tapferkeit unserer Truppen erfolgreiches Ringen an vielen Stellen der Front.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 In der Ost-Niederung südwestlich von Dinze und zwischen der Eys und der Schelde brach der Feind nach heftigem Feuer zu starken Angriffen vor. Vom Nordflügel des Angriffs bis zu der von Kortrijk auf Oudenaarde führenden Bahn wiesen wir ihn vor unseren Linien ab. Hierbei haben sich das 6. Garde-Infanterie-Regiment unter seinem Kommandeur, Major Rodolff, an der Eys, die 10. Infanterie-Division am Spinalbaß, das 1. Infanterie-Regiment Nr. 118 unter seinem Kommandeur, Major von Weyrauch, an der Schelde besonders erfolgreich geschlagen. Südlich der Schelde brachten wir den Feind nach anfänglichem geringem Geländegewinn sehr bald zum Stehen; die neue Linie zwischen Invoigem und Avelgem wurde gegen wiederholte Anstürme am Nachmittage behauptet. Auf dem Kampffelde hielt die feindliche Artillerie tagsüber die hinter der Front liegenden von Kriegen bisher unberührt gebliebenen Ortschaften unter Feuer. Zum großen Teil wurden sie hierdurch zerstört. Die belgische Bevölkerung hat schwere Verluste an Toten und Verwundeten erlitten. Zwischen der Schelde und Duse beschränkte sich der Engländer gestern auf heftige Tealangriffe; südlich von Hamars warfen wir den Feind durch umfassend angelegten Gegenangriff in seine Ausgangsstellung zurück; südwestlich von Le Cuesnoy und

nordwestlich von Landrecies scheiterten seine Angriffe vor unseren Linien.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 Zwischen der Duse und Aisne großer einheitlicher Angriff der Franzosen auf mehr als 60 Kilometer breiter Front. Seinen Hauptstoß richtete er gegen unsere Linie zwischen der Duse und Serre, sowie zwischen Sissonne und der Aisne. Den Serre- und Souche-Abstand suchte er unter Ausparung der von Natur aus starken Geländehöhepunkte zu gewinnen. Die am frühen Morgen zwischen Duse und Serre vorbereiteten Angriffe scheiterten vor unseren Linien. Am Nachmittage sah der Feind in Villers le Sec und auf der Höhe östlich des Ortes Fuß. An der übrigen Front wurde er auch am Nachmittage abgewiesen und erlitt in unserem Feuer schwere Verluste. Am Serre- und Souche-Abstand konnte der Feind nur bei Mortiers und Fraismont, bei Vesles und Pierrepont unsere Linien erreichen. Truppen des Generals Fehren, v. Lüttich nahmen in einheitlichem Gegenangriff zwischen Vesles und Pierrepont ihre alte Stellung wieder. An der übrigen Front hat unser Feuer den Feind am Ueberschreiten der Aisne verhindert. Westlich der Aisne waren die Angriffe des Gegners von starken Panzerwagneschwadern begleitet. Sie sind östlich von Sissonne und beiderseits von La Selve — hier noch heftigsten Anstürms — völlig gescheitert. Seitens der Truppen des Generals Fehren, v. Lüttich der 9. Kavallerie-Regiments hat hiervon 8 Panzerwagen, unteroffizier Brodmann derselben Batterie 10 Panzerwagen vernichtet. Auf den Höhen westlich der Aisne drang der Feind in unsere Stellung ein, um deren Besitz tagsüber schwer gekämpft wurde. Trag hohen Kräfteinsatzes konnte der Feind hier von seiner Einbruchsstelle am Saffenwalde (nordwestlich von Herpy) feindliche Stellungen mehr erzielen. Nur Teile unserer vorderen Linien blieben in seiner Hand.

Teilkämpfe in der Aisne-Niederung südwestlich von Amagne. Der Feind, der bei Amby vorübergehend auf den nördlichen Aisne-Ufer vorrückte, wurde im Gegenstoß wieder über den Fluß zurückgeworfen. Westlich der Aisne lebte der Artilleriekampf nur vorübergehend auf. Tealangriffe des Gegners brachten unsere Posten auf den Nordrand der Höhe nördlich von Grandpré zurück, im übrigen wurden sie abgewiesen.

Seeresgruppe Gallwitz.
 Beiderseits der Maas blieb die Gefechtsfähigkeit auf Stützpunkten und kleinere Infanterieeinheiten beschränkt. Auf östlichem Flügelpunkt führten französische Kompanien ein aus den letzten Kämpfen zurückgebliebenes Amerikancorps.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.
 Südlich der Selle machten wir bei erfolgreicher Unternehmung Gefangene.
 Der Chef des Generalstabs des Feldheers.

zweifellost richtig. Der Parlamentarisierung des Reichs muß die Parlamentarisierung Preußens, der Demokratisierung Preußens die der andern Bundesstaaten folgen. Vor allem, die an den Spigen vollzogene Aenderung muß mit eiserner Kraft nach unten hin durchgreifen, von lächerlichen Polizeischikanen und kleinlichen Zensurverboten darf nicht mehr die Rede sein, in allen Zeitungspalten, in allen Versammlungen von Memel bis Konstanz und von Aachen bis Weuthen muß man merken, daß Deutschland ein freies Land geworden ist.

Wenn wir den Mut haben, ein freies Land zu sein, so haben wir von der Verwirrung, der kleineren Kreise verfallen sind, nichts mehr zu fürchten. Wir werden gegen Rückschläge von rechts und über links vollkommen gewappnet sein, sowohl gegen die Allerältesten, die von vergangener Tage Herrlichkeiten träumen, als auch gegen die Allerjüngsten, die ihre besonderen Heilkreuze haben und die etwas, was sie für Sozialismus halten, dem demokratischen Volk wie einen Saft über den Kopf werfen wollen.

Diesen Drängern wollen wir sagen: Wartet doch nur noch einige Monate, bis zu den ersten allgemeinen Friedenswahlen, dann wird das Volk selbst aussprechen, nach welchen Grundfragen es regiert zu werden wünscht. Wenn sich das Volk dann für den Sozialismus ausspricht — und wir wollen alle Gründe der Ueberzeugung dafür geltend machen, daß es das so radikal und eindeutig wie möglich tut — dann wird Deutschland sozialistisch werden. Wollt Ihr auf diesem Wege zum Sozialismus gelangen, so find wir mit Euch. Wollt Ihr aber das deutsche Volk durch Krügel, d. h. durch Diktatur und gewalttätige Unterdrückung fremder Meinung zum Sozialismus erziehen, so find wir gegen Euch, denn wir wissen, daß nichts Butes daraus für den Sozialismus kommen kann, wenn die Arbeiter nach Kunklermanier regieren wollen. Freiheit und Frieden haben wir auf unser Banner geschrieben. Die Freiheit wird auch den Frieden bringen, jedenfalls immer noch einen besseren Frieden als ihn ein autokrati-

ches Deutschland bekommen hätte. Die Erde ist von Blut satt, Dyer sind genug gefallen, und das Beispiel des unglücklichen Russland kann keinen Verständigen loden. Wir widersehen uns dem Wahnsinn von rechts und überlinks, der dem Volke zuhört: „Ihr habt noch nicht genug gekuldet, Ihr habt noch nicht genug gehungert; nur weiter, hinter diesem Meer des Elends liegt Eure Insel des Glücks!“ Nein, es ist genug! Wir wollen jetzt daran denken, daß unsere Kinder wieder rote Baden bekommen und zu einem freien Geschlecht aufwachsen, das sich von keiner Willkür blind ins Verderben treiben läßt.

Die deutsche Antwort an Wilson.

Die Antwort der deutschen Regierung an Wilson ist gestern fertiggestellt und abgefaßt worden. Sie ist, wie wir hören, sehr kurz und dürfte den Zweck haben, den angebotenen Faden der Verhandlungen weiter zu spinnen. Die Entscheidung liegt zunächst bei den Gegnern, an denen es liegt, sich über die Bedingungen eines Waffenstillstandes schlüssig zu machen.

Die Veröffentlichung der Note dürfte Montag früh in der deutschen Presse erfolgen.

Vorbereitungen zur internationalen sozialistischen Konferenz.

Branting an Troelstra.
 Stockholm, 26. Oktober. In dem Blatt „Sozialdemokraten“ teilt Branting mit, daß er an Troelstra telegraphisch habe, ob nicht unmittelbare Vorbereitungen getroffen werden könnten, eine internationale sozialistische Konferenz jetzt einzuberufen. Es sei Zeit, daß die Arbeiterschaft hervortrete und ihr schwerwichtiges Wort für einen Frieden des Rechts und der Demokratie in die Waagschale lege.

Die Pariser Beratungen über den Waffenstillstand.

Washington, 26. Oktober. (Reuter.) Oberst House, den persönliche Vertreter des Präsidenten Wilson, und Admiral Benson, der Chef der Seestreitkräfte, welche in Paris angekommen sind, werden die Vereinigten Staaten bei der Beschlussfassung über den deutschen Antrag zum Waffenstillstand und die Einleitung von Friedensverhandlungen vertreten.

Wieder und wieder betont die englische Presse, daß Wilsons letzte Antwort zugleich die Antwort Englands sei. „Times“ schreibt: „Wilson's letztes Wort sollte die Korrespondenz mit dem Feind schließen. Die Note gibt die enge Übereinstimmung der englischen und amerikanischen Ansichten zu erkennen.“ Das Northcliffe-Blatt sagt dann: „Es ist befriedigend, zu wissen, daß Haig und Admiral Beatty mit den Flotten- und Seereschiffen in London konzentriert sind und daß Oberst House in Frankreich ankam, wo sich in naher Zukunft mit den amerikanischen und alliierten Seestreitkräften ist. Die Frage des Waffenstillstandes betrifft vor allem die Lage zur See, welche für das englische Volk die erste Bedingung zur Sicherheit ist, während sie für die Amerikaner die Grundlage ihrer wirksamen Intervention im Kriege ist.“

Zur Stimmung der englischen Kriegsüberlängerer stellt der „Newspaper“ die „Newspaper“ mit, der Sekretär des unkonventionellen Kriegskomitees des Unterhauses, Terrell, ein Mann der äußersten Richtung, erklärte, daß Wilsons Note besser gewesen wäre, wenn sie nur aus dem letzten Teil bestanden hätte und nur von den militärischen Bedrohungen Deutschlands die bedingungslose Übergabe verlangt hätte. In einigen Kreisen würden die 14 Punkte Wilsons noch immer mit ziemlichem Mißtrauen betrachtet werden und es sei die gemäßigste Partei, die immer von der Regierung verlangt, daß sie ihr vollständiges Einverständnis damit bekannt gebe.

Die Wilsons Note in England von den Unionisten bis zu Sandhows und Henderson seinen Widerstand, wenn auch verschiedene abgetönte Zustimmung auslöst, so hat sie auch in Frankreich den ausgebreitetsten Mißfall. Haas meldet am Freitag: „Die Kolonialpolitik und Entschlossenheit und der Ton der Antwort Wilsons an Deutschland wird in der Kammer einstimmig gebilligt. Es handelt sich keineswegs für die Alliierten darum — und sie nehmen nicht an der Ausarbeitung des Friedensprogramms Wilsons und an dem Rotenwechsel mit Deutschland teil — die Friedensbedingungen zu erörtern, sondern darum, die Sicherheiten für einen Waffenstillstand festzustellen; die Aufgabe ist also im wesentlichen militärischer Art. Haig und die anderen Armeeführer der Alliierten haben allein die Fähigkeit, dieser Aufgabe zu lösen, und so werden diese Aufgaben mit der Ringheit und Strenge, welche Wilson selbst empfiehlt, nachkommen. Nach der Feststellung ihrer Bedingungen werden die alliierten Regierungen in Europa sie in Washington in Kenntnis bringen. Mehr als jemals gebührt in dieser Stunde, wo wir anfangen unseren Sieg zu bewerkstelligen, nach dem eigenen Willen Deutschlands das Wort den militärischen und maritimen Führern unserer Allianz.“

Wie aus Bern gemeldet wird, nimmt die „Populaire“ wiederum in entschiedener Weise gegen die Kriegspartei Stellung, die durch die Mittel, über die sie verfügt, möglich ist. Sie habe nahezu die ganze Presse in der Hand, durch welche sie die Öffentlichkeit in dem von ihr gewünschten Sinne bewegt. Das Volk müsse wieder möglich werden. Die Pflicht der neuen Sozialistenmehrheit ist, jetzt schon Worte in dieser Richtung zu sprechen, die Handlungen gleichmäßig. Wenn sie zögere und der Blut der Ereignisse nicht zurückkomme, so würde sie noch schwerere Verantwortlichkeit auf sich laden als die frühere Mehrheit. Frankreich müsse eine andere Sprache hören als die derer, die den Krieg verlängern wollen, weil sie daraus Gewinn ziehen.

„Populaire“ schreibt: Der beste Beweis des neuen Zustandes in Deutschland wurde uns heute durch die Nachricht der Freilassung Liebknechts gebracht. Ein langer Friedenssehner in der ganzen Sozialistenwelt wird die Befreiung Liebknechts begrüßen.

Genf, 26. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Delegierten der sozialistischen Partei berieten mit der Konsolidation der Gewerkschaften über das geplante gemeinsame Manifest und wählten alsdann eine Beratung der Konsolidation mit der Liga der Menschenrechte und der aus proletarischen und radikalen Elementen konstituierten „Coalition Republique“ bei. Das Ergebnis der Beratung ist noch unbekannt, aber die Tatsache der gemeinsamen Beratung weist darauf hin, daß die mehr rechts stehende Zeitung der Konsolidation befreit ist, sich mit den demokratischen Linken zusammenzuschließen gegen die Chauvinisten und eine innere Aktion aufzurichten.

Sozialistische Friedensforderungen in der italienischen Kammer.

Genf, 26. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der italienischen Kammer brachte die sozialistische Fraktion einen Beschlusstrakt ein, der erklärt, daß die Friedensverhandlungen vom Unterdrückungs- und Vergeltungsgeist sowie vom maskierten Imperialismus freibleiben müssen. Das Recht der Selbstbestimmung muß durch mögliche Verbindung der Staaten zum Zweck einer vernünftigen Weltarbeitsteilung ergänzt und gemäßigt werden. Die Zollschranken sind zu beseitigen, Abrüstung, Schiedsgerichte, die Umwandlung der Kolonien in gemeinsames Menschheitseigentum ist durchzuführen. Die künftige Gesellschaft muß auf dem souveränen Recht der Arbeit begründet sein, welche in allen Staaten den gleichen gesetzlichen Schutz genießen soll. Die Kammer fordert die sofortige Herstellung der bürgerlichen Freiheit durch eine Amnestie und das Recht des Proletariats aller Länder, sich national und international zu versammeln.

Keine Herausgabe der deutschen Kolonien?

Balfour hat dieser Tage in einer Rede erklärt, daß die deutschen Kolonien keinesfalls von England herausgegeben würden. Dazu schreibt der „Populaire“: Diese Behauptung Balfours sei von allen Gesichtspunkten aus ernst, besonders im jetzigen Augenblick. Zweifellos wolle Balfour den Vertretern der englischen Dominions ein Pfand geben und befürchte, die großen anglosächsischen Gemeinschaften unzufrieden zu machen. Das Problem müsse jedoch unter anderen Gesichtspunkten betrachtet werden. Der Imperialismus müsse in jedem Lande, in welchem er auftauche, mit welchem Argument er sich auch bräute möge, bekämpft werden.

Wilson an das amerikanische Volk.

Amsterdam, 26. Oktober. Aus Washington wird gemeldet: Wilson hat einen Aufruf an das Volk gerichtet, bei den Wahlen im November wieder einen demokratischen Kongress zu wählen, wenn es seine Leistung in diesen kritischen Zeitläuften billige. Wilson erklärt in seinem Wahlauftritt, daß die ungeteilte Unterstützung der Regierung durch die Nation anlässlich der heutigen Schwierigkeiten notwendig sei. Führer der Minderheit versuchten, ihm die Leitung der Politik und Regierung aus den Händen zu nehmen. Eine republikanische Mehrheit in einem der beiden Parlamente würde aber im Ausland als Ablehnung seiner Politik angesehen werden. Wilson betont, daß die heutige Konjunktur seinen Aufruf rechtfertige, da es gebieterische Notwendigkeit sei, daß die Einheit der Leitung Amerikas der ganzen Welt deutlich gemacht würde.

Die neuen Ministerien in Oesterreich und in Ungarn.

Lammach österreichischer Ministerpräsident. — Ein ungarischer Nationalrat.

Freiherr von Sussarek hat dem in Budapest weilenden Kaiser seine Demission überreicht, mit der Bildung eines neuen österreichischen Ministeriums ist der bekannte Völkerrechtslehrer und Vizirecht Lammach betraut worden. Folgende Telegramme unseres Wiener Korrespondenten geben Aufschluß über den neuen Ausbruch und die Studien der schon lange schleichenden österreichischen Ministerkrise.

Wien, 24. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Ministerium Sussarek ist zurückgetreten. Prof. Lammach soll bereits mit den Parteilichen verhandeln. Selbstverständlich handelt es sich nur um ein Übergangsinstitut, das den Übergang der Verwaltung an die Nationen durchzuführen soll.

Wien, 26. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Ministerium Lammach ist noch nicht gebildet, aber seine Umrisse sind bereits bekannt. Es soll das Ansehen Oesterreichs nach außen wieder herstellen und Vertrauen zur Friedensliebe und den Willen der Ungestaltung wecken. Es soll ein Professorenministerium sein, das nicht nur im Ausland, sondern auch im Inlande Ansehen hat. Seinen Mitgliedern soll keine unter heutigen Umständen kompromittierende Vergangenheit nachgewiesen werden können, damit auch Tschechen und Südslaven dem Ministerium wohlwollend gegenüberstehen, wenn sie auch nicht eintreten und es nicht ablehnen. Von Professoren, die ihm beizutreten, sind außer Lammach, auf dessen Ansehen als Vizirecht, als Mitglied der Göttinger Konferenz und als Völkerrechtslehrer die ganze Kombination aufgebaut ist, noch zu nennen: der Theologe Seipel, der ein ausgezeichnetes Buch über nationale Demokratie geschrieben hat, dann Professor Schlumpke, der an der Greizer Universität Völkerrechtslehre hielt und als Ausnahmiprofessor in Amerika wirkte, schließlich der rühmlich bekannte Staats- und Verwaltungsrechtler Professor Abg. Redlich und der Wiener Anatom Landolt. Unter berühmten Namen, zum Teil modernster Prägung, zum Teil wie Seipel und Lammach gläubige Katholiken, ja ausgeprobenen Rektoren. Diese Ministerliste ist übrigens noch nicht definitiv. Die Tendenz zum Professorenministerium ist aber sicherlich vorhanden.

Wien, 25. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Prof. Lammach wird vermutlich alle bisherigen Minister in sein neues Kabinett aufnehmen. Das Hauptgewicht wird auf die Bildung seines guten Namens nach außen gelegt.

Der deutsche Nationalrat hat bereits den Text seiner Note an Wilson festgestellt und die Vorzensur aufgehoben. Es wird die Schaffung einer deutsch-österreichischen Nationalgarde besprochen und bereits ins Werk gesetzt. Die Wiener Sozialdemokraten bilden mit den Wiener Sozialdemokraten einen „demokratischen Rat“ zur Sicherung der Ernährung und zur Aufrechterhaltung der Ruhe.

Weniger leicht als in Oesterreich ist die Lösung der Ministerkrise in Ungarn. Die Verfassung Andrássy's zum gemeinsamen Minister des Reichs wird von den stürmisch vorwärtstreibenden demokratischen Elementen als ein Rückschlag in alle Regierungsmethoden empfunden. In Budapest hat sich ein „ungarischer Nationalrat“ gebildet, der das Pentakoron einer Bewegung zur Rettung und zur Reorganisation Ungarns sein will. Der ungarische Nationalrat stellt ein Programm von 12 Punkten auf, unter denen die wichtigsten sind:

Diesem nunmehr ganz ausichtslosen Krieg muß sofort ein Ende gemacht werden. Beim abzuschließenden Frieden oder Waffenstillstand darf nur das Interesse Ungarns allein beobachtet werden unter Auflösung des Bündnisses mit Deutschland.

Man muß für die völkergerechten Forderungen auf der Grundlage der Wilsonschen Prinzipien das Selbstbestimmungsrecht der Völker unverzüglich durchsetzen, in der Ausführung, daß diese Prinzipien die territoriale Integrität Ungarns nicht bedrohen, sondern auf ein breiteres Grundlag stellen. Die Autonomie auf dem kulturellen und dem Verwaltungsbereich der Nationalitäten muß möglichst breit ausgebaut werden. Das Land soll sich zu einem Bund der Völker von gleichen Rechten organisieren, die durch gemeinschaftliche und wirtschaftliche Interessen und durch die geographische Lage, nicht aber durch die Nationalitäten zusammengebanden sind. Als Zeichen dieser Erkenntnis erwarten wir, daß alle Völker des Landes ihr Schicksal gemeinsam weiterdenken.

Die Anerkennung der neu erklärten ukrainischen, polnischen, tschechischen und österreich-deutschen Nationalstaaten. Die Bereitwilligkeit muß kundgegeben werden, mit ihnen möglichst innige politische und wirtschaftliche Bündnisse abzuschließen in der Abgrenzung, daß auch diese Staaten nicht minder gerechte Interessen respektieren werden.

Zu den allgemeinen Friedenskonferenzen müßten in Vertretung Ungarns Männer entsandt werden, die ohne Vorbehalt Anhänger der Abrüstung, der obligatorischen Schiedsgerichte und des Völkerbundes sind. Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Trianon sind zu vernichten. In der Frage des Krieges oder des Friedens muß die Volkvertretung entscheiden.

Graf Karolyi hat dem König am Freitag mitgeteilt, daß der Nationalrat über das Schicksal des Landes allein bestimmen wolle. Damit ist ein Anspruch auf Ausübung der tatsächlichen Regierungsgewalt ausgestellt. An dem Nationalrat sind beteiligt: die Unabhängigkeitspartei, die Korolyivariante, die ungarische sozialistische Partei und die bürgerlich-radikale Partei.

Die Zeitungen unterwerfen sich nicht mehr der Zensur und verkünden ihre Anschauung dadurch, daß sie sich an dem Kopf der Blätter als „Unzensuriert“ bezeichnen. Es sehen auch lebhaft Kundgebungen ein, an denen besonders Studenten, aber auch Offiziere teilnehmen.

Die tschechische Friedensdelegation.

Die Abgeordneten Habermann und Hofar haben die Pässe für die Reise in die Schweiz erhalten und sind bereits abgereist. Es werden noch fahren: die Abgeordneten Canel, Gruban und Selina, Dr. Komarsch, Dr. Freih (Direktor der Kunststoffsabrik), Swoboda (Direktor der Agrarbank) und Dr. Schmal. Sie alle haben um die Pässe angefordert.

Übernahme der staatlichen Verwaltung durch die Nationen.

Wien, 26. Oktober. Die Blätter melden aus Graz: Der Statthalter in Steiermark, Graf Czerny, hat demissioniert; die gesamte politische und wirtschaftliche Verwaltung der Statthalterei wird von dem Wirtschaftskommissar übernommen, welcher aus einem bereits seit einigen Tagen in Graz bestehenden Wahlschlichtungsausschuss nach Beratung einer Abordnung dieses Wahlschlichtungsausschusses und tschechischer Abgeordneter mit dem Ministerpräsidenten eingesetzt wurde. Der Wirtschaftskommissar in Steiermark ist Wutte von der deutsch-bürgerlichen Partei, sein Stellvertreter Dr. Eisler, Sozialdemokrat.

Herrenhaus für Herrscherhaus.

Eine konservative Demonstration gegen den Reichstag.

Das Herrenhaus behandelte am Sonnabend zunächst Vorklagen und Eingaben. Sodann teilte der Präsident Graf von Armin-Bozenburg mit, daß folgender Antrag der konservativen Fraktion eingegangen ist:

In der Zeit der tiefsten Not des deutschen Vaterlandes ist es Pflicht und Recht des preussischen Herrenhauses, zum Ausdruck zu bringen, wie unendlich der Zusammenhang zwischen dem preussischen Herrscherhaus und seinem Volke ist. Der König von Preußen wird sein Volk auch in der dunkelsten Stunde treu erfinden. Das Herrenhaus wird, eingedenk seiner Vergangenheit, allezeit zu seinem angestammten Herrscher als Schutzwehr vor dem Treue stehen.

Die Begründung des Antrages lautet:

Die Verhandlungen des Reichstages vom gestrigen Tage und die bei dieser Gelegenheit gegen Seine Majestät gerichteten Angriffe haben in jedem preussischen Herzen das Bedürfnis nachgerufen, die Treue zu seinem König vernehmlich zu bekunden.

Der Präsident schlug vor, diesen Antrag, gegen dessen sofortige Behandlung geschäftsordnungsmäßige Bedenken nicht ausgesprochen seien, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen, und wurde ermächtigt, Tag und Tagesordnung der nächsten Vollversammlung des Herrenhauses festzusetzen.

Das preussische Herrenhaus kann im Namen des preussischen Volkes genau so viel oder wenig erklären, wie etwa das englische Unterhaus im Namen der Engländer, denn das preussische Volk ist auf die Zusammensetzung des Herrenhauses nicht den mindesten Einfluß aus. Hingegen ist der Reichstag, gegen den sich zu wenden ein „Bedürfnis aller preussischer Herzen“ sein soll, zum größten Teil vom preussischen Volke gewählt worden und zwar entsendet von 7,5 Millionen im Jahre 1912 abgegebenen Stimmen rund 5,5 Millionen auf die Parteien der jetzigen Mehrheit.

Ein parlamentarisches Ministerium in Sachsen.

Dr. Feinze Ministerpräsident — Graf Dittum entlassen.

Die „Sächsische Staatszeitung“ meldet: S. M. der König hat den Staatsminister Grafen Dittum von Eckardt auf sein Ansuchen unter Befassung des Titels und Ranges eines Staatsministers aus seinem Amte entlassen und nachstehende Ernennungen vollzogen: den Justizminister Staatsminister Dr. Feinze zum vorkommenden Staatsminister und Minister des Innern, den Ministerialdirektor Wirklichen Geheimen Rat Dr. Schröder zum Finanzminister, den Ministerialdirektor Geheimen Rat Dr. Koch zum Minister des Innern, den Gefanthen von Rositz-Wallwitz zum Minister des Kultus und des öffentlichen Unterrichts.

Nach Ausschiffung der reaktionärsten Elemente des bisherigen sächsischen Staatsministeriums ist also von neuem ein Deamentministerium gebildet worden. Diese Neuordnung dürfte kaum jemanden befriedigen.

Neuordnung in Hessen.

Gleiches Wahlrecht — Verhältniswahl — Parlamentarismus.

Staatsminister Ewald gab vor dem Verfassungsausschuss der zweiten Kammer folgende Erklärung ab: Nachdem für Preußen die Einführung des gleichen Wahlrechts ohne jede Zusatzstimme und die Einführung der Verhältniswahl für große Wahlkreise als gesichert zu betrachten ist, trägt die großherzoglich hessische Regierung kein Bedenken, heute schon zu erklären, daß sie die Ausübung des Mehrstimmrechts, die Einführung der Verhältniswahl für Wahlkreise, worin mehrere Abgeordnete zu wählen sind, vorschlagen wird, wenn sich nach dem Ergebnis der Ausfüherverhandlungen die erforderliche Mehrheit hierfür finden wird. Ferner sei die Regierung bereit, mit dem Ausschuss über weitergehende Wünsche zur Aenderung des Wahlgesetzes und der Verfassungsgesetze zu beraten. Neben die Frage der Teilnahme von Vertrauensmännern des Parlaments an den Regierungsgeschäften äußerte der Staatsminister: Nach Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse des Reichs habe ich mich in Gemeinschaft mit meinen beiden Kollegen für verpflichtet gehalten, dem Großherzog über die Entwicklung und politischen Folgen, die sich daraus für Hessen ergeben können, Vortrag zu halten. Der Großherzog hat darauf erklärt, daß er sich selber schon bei der Auswahl der Minister nicht auf einen engeren Kreis von Staatsbeamten beschränkt, sich vielmehr stets bemüht habe, nur solche Männer zu berufen, von denen er glaubte annehmen zu dürfen, daß sie das Vertrauen des Volkes genießen. Der Großherzog hat sich aber im Einklang mit unseren Vorschlägen und Wünschen bereit erklärt, in Zukunft solche Berufungen nicht vorzunehmen, ohne daß durch vorheriges geeinigtes Benehmen festgestellt ist, daß die zu Berufenden auch von dem Vertrauen der parlamentarischen Körperschaften getragen sind. Im Verlaufe des Vortrages haben wir, um die Bahn für diese Entwicklung frei zu machen, gebeten, uns von unseren Ministern zu erwidern, ob der Großherzog bei dem Rücktritt des Ministers des Innern und meinem Rücktritt mit Rücksicht auf unser vorgereiftes Lebensalter grundsätzlich zugestimmt und sich den Zeitpunkt zu bestimmen vorbehalten, zu dem dieser Rücktritt erfolgen soll.

Ischikawa von Japanern erreicht. Amsterdam, 26. Oktober. „Central News“ melden aus London: Die britischen Truppen rücken gegen Krasnojarsk in Sibirien vor. Japanische Truppen haben Ischikawa erreicht.

Groß-Berlin

Der „Vorwärts“

hat seine Auflage in den letzten zwei Jahren nahezu verdoppelt, er hat sie in den letzten anderthalb Jahren um 90 000 gesteigert und damit seinen höchsten Friedensstand wieder erreicht.

Die Grippe

scheint nun in Berlin zurückzugehen. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin sind am Freitag 1400 Neuerkrankungen zur Anmeldung gelangt, von denen 1085 auf Grippe und 315 auf Lungenerkrankungen fallen.

Das Kriegswirtschaftsamt der Provinz Brandenburg ersucht um Berücksichtigung folgender Mitteilung: „Am Störungen im Geschäftsbetrieb der infolge Grippeerkrankungen betroffenen Behörden und anderen Stellen steuern zu können, ist es unbedingt nötig, daß dort Hilfskräfte sofort auf kurze Zeit eingesetzt werden.“

Der Minister der öffentlichen Arbeiten gibt folgendes bekannt: Die starke Zunahme der Erkrankungen — es sind gegenwärtig 45 000 Bedienstete im Betriebe der preussisch-bessischen Staatsbahnen infolge der Grippe dienstunfähig — erfordert die Aufhebung weiterer Hülfe. Bei dem Grabe der Lage hat sich die Eisenbahnverwaltung genötigt gesehen, nunmehr auch die Personenzüge erheblich einzuschränken, und einen großen Teil der zur Zeit laufenden Züge vorübergehend aufzuheben.

Wie uns vom schwedischen Konsulat in Berlin mitgeteilt wird, sind infolge der raschen Verbreitung der Grippe in Schweden die diesjährigen Militärübungen verschoben worden. Die in Deutschland ansässigen schwedischen Wehrpflichtigen, die sich am 29. Oktober beim 2. November 1918 zu stellen hätten, brauchen daher vorläufig nicht dem Wehrdienstbescheid Folge zu leisten, wenn sie nicht einen besonderen persönlichen Befehl erhalten haben, der nach dem 10. Oktober ausgestellt ist.

Kohlennot und Gasperre.

Die geforderte Einschränkung des Gasverbrauchs gehört zu den Mitteln, durch die man die Kohlenknappheit mildern zu können meint. Aber gerade durch die Kohlenknappheit wird mancher Gasabnehmer gezwungen, sehr wider seinen Willen viel mehr Gas als sonst zu verbrauchen. Vor kurzem lasen wir in einigen Zeitungen, in Berlin sei die Belieferung der Haushaltungen mit Kohlen in letzter Zeit aufgewesen und dabei seien jetzt auch die Läger der Händler verfort. Leider liegen die Dinge so pünktig denn doch nicht, und selbst die Kohlenwerke Groß-Berlin hat erklärt, daß jene Darstellungen zu weit gingen. Nein, es gibt immer noch Haushaltungen, die bis bisher erst spärlich mit Kohlen beliefert wurden. Wenn sie Gasheizung haben, kann für die Küche der Kohlenmangel durch stärkere Verwendung des Gases ausgemittelt werden. Aber das führt zu einer sehr un-

Zur Stichwahl in Berlin I.

Die letzte Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei vor der Stichwahl findet Montag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Ruffler-Bereichshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 13, statt. Referenten sind:

Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine und der Kandidat Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Hugo Heimann.

Um den Wählern zum Besuch der Versammlung Gelegenheit zu geben, können nur Wähler des I. Reichstagswahlkreises zugelassen werden.

Alle Genossen und Genossinnen, die am Stichwahltag, Dienstag, den 29. Oktober, Wahlhilfe leisten wollen und keine schriftliche Mitteilung erhalten, melden sich im Zentralwahlbureau, Th. Richter, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, Telefon Amt Moritzplatz 364.

erwünschten Steigerung des Gasverbrauchs, womit dann auch bei den Gaswerken wieder der Kohlenverbrauch steigt. So dreht man sich in einem Kreise, aus dem es kein Entrinnen gibt. Helfen sollen da die Gaswerkzeuge, mit denen man die Gasabnehmer zur Sparsamkeit zwingen will, die Geldtaschen für zu reichlichen Gasverbrauch und nun auch noch die Abspernung der Gasleitung. Die Eingiehung des Strafgeldes, bei der keineswegs immer die Ursachen der vermeintlichen Gasverschwendung geprüft wurden, hat große Erbitterung bei den Verbrauchern hervorgerufen. Wir fürchten, daß auch bei der jetzt angeordneten Gasperre die „Prüfung des Einzelfalles“, die der Verbängung dieser Zwangsmaßregel vorausgehen soll, nicht immer einbringend genug sein wird. Was wird man tun, wenn eine Familie durch Kohlenmangel zu übermäßigem Gasverbrauch gezwungen worden ist? Ein Besizer unseres Blattes fragt uns, daß er für seine aus drei Zimmern und Küche bestehende Wohnung bisher von seinem Händler auf die Kohlenkarte erst 12 Zentner Kohlen und auf die Ofenartee noch gar nichts erhalten hat. Da die Familie aus elf meist erwachsenen Personen besteht, so kann man sich denken, um wieviel mehr Gas sie verbrauchen muß. Jede Hausfrau wird wissen, was für Töpfe Essen erforderlich sind, wenn elf Personen satt gemacht werden sollen. Und wer auf Gas kocht, weiß auch, wieviel Gas solche Riesentöpfe beanspruchen. Die Familie hat, obwohl sie bei den Kochflammen wie bei den Beleuchtungsflammen ausdauernde zu sparen sucht, in den sechs wärmeren und helleren Monaten von April bis Oktober dieses Jahres den geradezu ungeheuren Verbrauch von 770 Kubl. meter Gas gehabt. Sie ist, da sie einen Küchenspeicher benutzt, bis auf weiteres gesichert vor den Strafgeldern und auch vor der Gasperre; denn beide Maßregeln sollen ja zunächst gegen Benutzer von Küchenspeichern nicht angewendet werden. Wie aber würde es einer Familie ergehen, die bei Benutzung eines anderen Gasmessers durch Kohlenmangel zu einem derartig starken Gasverbrauch genötigt worden wäre!

Arbeitergewerkschaften.

Den Funktionären und Vertrauensleuten des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten hielt der Unterstaatssekretär im Kriegsberührungsamte Genosse Robert Schmidt am Freitag im Dorotheenstädtischen Realgymnasium einen Vortrag über Arbeitergewerkschaften. Nach einer historischen Betrachtung der ersten Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung schilderte der Redner den organisatorischen Aufbau der freien Gewerkschaften und bezeichnete die Regelung des Lohnes als ihre Hauptaufgabe. Weiter führte der Vortragende aus, daß es nicht nur darauf ankomme, höhere Löhne zu erwirken, sondern auch das Erzeugnisse dauernd festzusetzen. Das wird erreicht durch Tarifverträge, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter vereinbaren. Mit den Tarifverträgen haben die Gewerkschaften auch Einfluß auf die Arbeitsvermittlung bekommen. Was wir bis jetzt an gescheitertem Arbeiterstreik haben, ist ebenfalls auf die Tätigkeit der Gewerkschaften zurückzuführen. Doch ist auf diesem Gebiet erst ein Teil dessen erreicht, was die Gewerkschaften fordern. Nach dem Friedensschluß werden sich neue Kräfte in den Arbeiterorganisationen regen, um für den weiteren sozialen Aufstieg der arbeitenden Bevölkerung zu wirken. Das ist keine leichte Arbeit, aber sie wird gelingern, namentlich wenn auch die anderen Gruppen der Arbeitnehmer in-

gleichzeitige Weise sich an den Arbeiten beteiligen, die erforderlich sind, um die Interessen der Menschheit wahrzunehmen und den Fortschritt der Kultur zu fördern.

Groß-Berliner Krankenkassenverband.

Die Vorkarbeiten zur Umwandlung der „Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte“ in einen den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung entsprechenden Verband der Krankenkassen Groß-Berlin sind um ein weiteres Stück gefördert worden. In dem einer Versammlung der Kassen vorstünde am 11. Oktober vorgelegten Entwurf der Verbandssatzung sollten die Vorstände der einzelnen Kassen zunächst Stellung nehmen. Danach hätte eine Vorstanderversammlung am 25. Oktober über den Satzungsentwurf zu beschließen. Ueber einige Änderungen, die gewünscht wurden, entspann sich eine längere Aussprache. Mit ihnen wurde schließlich die Satzung einstimmig angenommen. Zweck des Verbandes ist, für die ihm angehörenden Krankenkassen gemeinsame Verträge mit Ärzten, Zahnärzten, Zahnkassen, Apothekenbesitzern, Apothekenverwaltungen oder anderen Arzneimittelhändlern, Kliniken, Krankenhäusern, Krankentransportunternehmern, sowie über Lieferung von Heilmitteln und anderen Bedürfnissen der Krankenpflege vorzubereiten oder abzuschließen; Heilanstalten, Kliniken und Verordnungsstellen zu errichten und zu betreiben; die für seine Tätigkeit erforderlichen Beamten und Angestellten anzustellen. Die Geschäfte des Verbandes werden geführt von einem Vorstand und einem Ausschuss, die jeder zu einem Drittel aus Arbeitgebervertretern und zu zwei Dritteln aus Versicherungsvertretern zu wählen sind.

Die Vorstanderversammlung hat mit ihrem Beschluß grundsätzlich zum Ausdruck gebracht, daß die Vorstände der vertretenen Kassen sich mit der Schaffung eines Krankenkassenverbandes in der durch die Satzung festgelegten Form einverstanden erklären. In der Versammlung waren vertreten 45 Kassen durch 29 Vorstände und durch 35 Geschäftsführer, nämlich alle Ortskrankenkassen Berlins (mit Ausnahme nur derjenigen der Tischbearbeiter), ziemlich alle Ortskrankenkassen der Vororte (mit Ausnahme derjenigen von Spandau und Wannsee), ferner eine Reihe von Betriebskrankenkassen und von Innungskrankenkassen. Die Satzung muß nun dem Oberversicherungsamt Groß-Berlin zur Genehmigung eingereicht werden. Der entscheidende Beschluß über den Beitritt zu dem Verband ist Sache der Kassenausgänge.

Selbstversorgung der Heilstätte Veelitz.

Dem Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Berlin lag ein Antrag des Vorstandes vor, wonach die Beschaffung von 780 000 Mark für den Ankauf eines Rittergutes gesichert wurden. Das Gut umfaßt 1300 Morgen, und zwar 670 Morgen Acker, 320 Morgen Wiesen und 310 Morgen Wald. Es liegt an der Chaussee zwischen Trebbin und Veelitz. Durch den Kauf des Gutes hofft man eine bessere Versorgung der Heilstätte Veelitz erzielen zu können, da nicht nur die Landesprodukte für die Anstalt ruhiger gemacht werden sollen, sondern auch durch eine größere Viehhaltung — Schweinemasterei und Aufzucht von Rindvieh — die Fleisch-, als auch die Butter- und Käseversorgung für die Anstalt sichergestellt werden soll.

Während die Vertreter der Versicherer vorbehaltlos dem Plan zustimmten, erhoben erst die Vertreter der Arbeitgeber Bedenken, die durch eine Kommissionsberatung zerstreut wurden, worauf dann der Ausschuss einstimmig die geforderte Summe bewilligte und damit dem Kauf des Gutes zustimmte.

Berliner Lebensmittel.

Für frische Fische gelten noch die Abstände G g für 1 Pfund, ebenso noch für Räucherwaren die Abstände E o und J i für je 1/2 Pfund.

Am Mittwoch, den 30. Oktober, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekassendirektionen der in den Bezirken der 183., 160., 161., 162., 163., 164. und 185. Groskommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt. In den Bezirken der Groskommissionen 1. 2, 76 bis 78, 91 bis 99, 101, 115 bis 120, 122, 166 bis 168, 170, 190, 191, 194, 198, 200, 204, 207, 209, 211, 218, 219, 226, 230 und 242 beginnt die Ausgabe von Weiskohl und Zwiebeln Dienstag, 29. d. M. Die Bezugsberechtigten wollen bei dem Kleinhändler, bei dem die Voranmeldung erfolgt ist, Nachfrage halten.

Die Kriegsanleihebeschränkung gesetzliches Zahlungsmittel. Der Bundesrat hat am 23. d. M. folgendes verordnet: Die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinscheine der fünfprozentigen Reichskriegsanleihe sind vom 23. Oktober 1918 bis 2. Januar 1919 zu ihrem Nennwert gesetzliches Zahlungsmittel.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von B. St. Raymond.

In einem riesigen, steinernen Biered erhoben sich still die schwarzen Pavillons. Der Mond war schon untergegangen, bloß die von den Nebeln des Tagesgrausens verdeckten Sterne leuchteten bläß.

Der Hof, der wie ein schwarzer Brunnen gähnte, halste vom Gebell und Gewinsel der Hunde wider. Man hatte vergessen, sie loszulassen.

Baum hörte gar nichts und ging durch die schwarzen, langen, tunnelförmigen Korridors, aus denen scharfe, schimmernde Luft wehte. Dampf hauchte das Echo seiner Schritte in der Einsamkeit und Stille.

Automatisch durchschritt er langsam einen Saal nach dem anderen.

In den Sälen breitete sich schwere Grabesstille aus. Die ohnmächtig verbogene Skelette standen in Reihen die Lebstühle an beiden Seiten des Durchgangs. Wie ausgerissene Fasern und Sehnen hingen die Riemen von den Rädern herab, mit Spinnweben bedeckt, und die Ruffertrollen hingen lose, wie schlaffe Haut.

„Sie ist tot!“ flüsterte Baum, über die lange Reihe der stillen Säle bläsend. „Sie ist tot!“ wiederholte er von Zeit zu Zeit. Man wußte nicht, ob er die Frau oder die Fabrik meinte.

Immer langsamer schleppte er sich von einem Saal zum anderen, von einem Stockwerk ins andere, von einem Pavillon in den anderen.

In sehr trauriger Stimmung verließen Wyszocki und Borowicki das Sterbehause.

„Schade um Max. Der Tod seiner Mutter, die er fürchtbar gern hatte, wird ihn für längere Zeit aus dem Gleichgewicht bringen. Und das zu einer Zeit, in der er beim Montieren der Maschinen fast unerschütterlich ist. Ich hab' schon Pech! Alles geht mir schief.“ sagte Karl ärgerlich.

„Nicht Fräulein Anka bald nach Lodz herüber?“ „In einer Woche.“

„Und wann ist die Erziehung?“ „Ich hab' ausgerechnet nichts anderes im Kopf! Erst muß ich meine Fabrik ins Leben rufen und sie in Gang setzen. Wenn sie läuft, was vor Oktober nicht der Fall sein kann, werde ich erst daran denken können.“

Sie gingen schweigend weiter und begegneten ganz unversehrt in der Piotrkower Straße Moritz Welt.

„Wann bist du angekommen, Moritz? Wollen wir irgendwo einen Kaffee trinken gehen?“

„Soeben bin ich angekommen und wollte grad nach Hause gehen. Aber ins Café komm' ich mit.“

„Die Mutter von Max ist vor einem Augenblick gestorben. Wir kommen von dort.“

„Gestorben! Ich mag diese Dinge nicht.“ Moritz schauerte.

„Was gibt's Neues in der Stadt?“

„Fast gar nichts. Uebrigens weiß ich es nicht. Den ganzen Tag sit' ich in der Fabrik. Großglück wird sich steuern, wenn er dich wiedersehst. Er fragte mich heute nach dir.“

„Besonders freuen wird er sich nicht!“ sagte Moritz. „Nemnte mit etwas ätzenden Däuden den Kneifer fest und blickte Karl schwarz an.“

Wegen der vorgeführten Stunde war es im Hotel, wo sie den Kaffee einnehmen wollten, schon ganz leer. Bloß im Hof, der zu einem Garten hergerichtet war, sah Wyszocki mit Murray. Sie setzten sich zu ihnen.

„Seit einer Stunde warte ich auf irgend eine lebendige Seele, es ist mir schon langweilig geworden, immer allein zu trinken.“

„Sie haben ja den Engländer!“

„Der sieht sich so bloß wohl nach der vierten Braut, nach dem vierten Glas kann man aber nichts mit ihm anfangen.“

„Sind die Herren schon lange hier?“

„Murray ist vor einer halben Stunde gekommen, ich sit' schon länger da. Was soll ich nach dem Abendessen anfangen? Das Theater mag ich nicht. Bekannte hab' ich nicht, wo soll ich armes Waisenkind hin, wenn nicht in die Kneipe. Dann erzählt auch Murray sehr interessante Sachen von seinen Bräuten. Wie steht's mit der Fabrik?“

„Sie wächst.“

„Gott gebe ihr Gesundheit, einen guten Magen und regelmäßige Verdauung. Sie sind bleich geworden, Herr Borowicki.“

„Ja, ich arbeite auch für zehn, und das genügt immer noch nicht.“

„So! Leb wohl! Jeder, der hier rankommt, erzählt sofort, was er gestern gearbeitet hat, was heute und was er morgen arbeiten wird, daß er sich überarbeitet, und so weiter. Teufel noch eins, wo bin ich denn? Unter Menschen oder unter Maschinen? Pflui Teufel! Diese Verblöschung! Dieses rein mechanische Funktionieren! Ich möchte wissen, was Sie denken, was Sie fühlen, wie Sie etwas sehen, und Sie reden mir immer von Ihrer Arbeit.“

„Wer kann sich's leisten, an dummes Zeug zu denken.“ sagte Moritz spöttisch.

„Bloß ein Dasein kann sich's nicht leisten, weil er zur Arbeit getrieben wird.“

„Weil das die Hauptsache ist, Herr Wyszocki, der Rest ist nur Zugabe.“

„Hören Sie doch nicht so einen Quatsch! Wenn Sie die Zugabe zu Ihrer eigenen Bristofasche sind, das wundert mich nicht, Ihre dumme Kasse entschuldigt Sie, aber daß Borowicki und der Doktor das gleiche behaupten können, das irritiert mich.“

„Ich verneine nichts und behaupte nichts. Ich baue eine Fabrik. Wenn sie fertig ist, dann erst kann ich philosophieren.“

„Und ich gehe nach Haus. Bin fürchtbar angegriffen.“ sagte Wyszocki und ging gleich.

Karl trank schnell seinen Tee aus und ging mit Moritz.

„Bleiben Sie doch wenigstens.“ bat Wyszocki den Engländer. „Wir wollen von der Liebe reden.“

„Ich kann nicht, morgen muß ich um fünf in der Fabrik sein.“

„Haben Sie schon Borowickis Stelle übernommen?“

„Die Arbeit hab' ich ganz übernommen, vom Gehalt aber bloß die Hälfte.“ erwiderte Murray und verabschiedete sich.

„Kellner, eine Flasche Bier und zwei Gläser. Mußt mit mir trinken. Sag' dem Zimmerkellner, er mödte mir irgendeine Schlafgelegenheit zurechtmachen. Pflui Teufel, so ein Leben!“ Wütend spuckte er aus.

(Fortf. folgt.)

„Oh, wie elegant!“

Und in der Tat, so wird jeder sagen, der Sie in einem dieser wirklich entzückenden, dabei praktischen gepressten

Plüsch-Mäntel

sehen würde. —

Durch ihre interessante Pressung und ihren seidenartigen Glanz wirken sie ungemein vornehm, und es ist kaum möglich, sich etwas Kleidsameres vorzustellen. —

Dabei sind diese Mäntel bei uns so preiswürdig, daß sie wohl jeder Dame zugänglich sind. —



Königsstr. 33
 Am Bahnhof Alexanderstr.
Chausseestr. 113
 Beim Stettiner Bahnhof.
 Sonntags geschlossen!

Eine Ueberraschung

bietet jedem

TABAK

Raucher H. Guttmann's „Goldrose“!



Langjährige praktische Erfahrungen in der Rauchtobakfabrikation, gepaart mit dem eingehenden Studium der Ersatzstoffe, unermüdete, ständige Verbesserungen haben es zu Wege gebracht, ein Erzeugnis herauszustellen,

das echtem Tabak in bezug auf Aussehen, Geruch, Geschmack und Packung fast durch nichts mehr nachsteht. Besonders die längere Einwirkung eines starken Tabaksaftes macht meine „Goldrose“ bekömmlich und mild und löst das von verwöhnten Pfeifensuchern erwünschte Wohlbehagen aus. Meine „Goldrose“ gilt jetzt mit gutem Recht als beste und vollkommenste tabakähnliche Ware und ist das Hervorragende, was bisher auf diesem Gebiete geleistet wurde. Preis 50 Gramm 70 Pf. Gegen Vorzeigung dieser Anzeige in den Zigarrenläden erhältlich. Für Wiederverkäufer: 100 Pakete 52 M. Bei größerer Abnahme Rabatt. 197L*

M. Guttmann

Berlin O 27, Alexanderstraße 22.
 Fernsprecher: Alexander 4903. — Werktätlich 9-5 Uhr.

Niederlagen:

C 25, Parthum, Alexanderstraße 2, 35 u. 39-40.
 O 27, Palatowsky, Alexanderstraße 27.
 O 27, Schneider, Alexanderstraße 28.
 C 17, Kabaker, Grüner Weg 43.
 O 112, Lehmann, Liebigstr. 10.
 NO 43, Marjen, Gollnowstr. 4.
 NO, Dessen, Neue Königstraße 24.
 S 42, Salfert, Oranienstr. 80.
 W 35, Gebr. Gräbe, Lützowstraße 80.
 Neukölln: Liebe, Hermannstraße 68.
 Lichtenberg: Rohmann, Frankfurter Allee 249.

J. F. Abmann

Buttergroßhandlung

42 Detailgeschäfte in Berlin und Vororte

Der idealste Vorort ist die

Sartenstadt Frohnau

Ostbahn, Berlin, Friedrichstr. 11 • G. Zentrum 1942, 1943



Schön!

Leicht erreichbar!

Keine Gemeindesteuern!

Der Erwerb gut geschüttelter Baustoffen in jeder Größe zu mäßigen Preisen unter günstigen Zahlungsbedingungen zur Errichtung von vornehmen Eigenheimen

sichert beste Kapitalanlage!

Auf Wunsch wird Bauzeichnung geliefert und der Bau geleitet.

Für selbständige Käufer sind noch Eigenheime mit Läden am Markt für konkurrenzlose Geschäfte zu vergeben.



Möbel! Schlafzimmern

Siehe!

1975

- 1 Schrank, Steilig, Ansicht mit Kristallglas, Gutboden, Stange, geschliffene Verkleidung
- 1 Nachtschrank mit Kristallspiegel und Marmor
- 2 Nachtschränke mit Marmor
- 2 Vertikalen
- 2 Patentböden
- 2 Steil. Auflege-Matrasen m. Metallst.
- 2 Stühle
- 1 Handtuchhänger

Beste Verarbeitung × trockenes Material
 Weiches Lager in allen Sorten Schlafzimmern
 Herrenzimmern — Speisezimmern — Wohnzimmern
 zu sehr billigen Preisen — Versand auch nach auswärts

Lombard- und Möbelhaus „Bahnhofstraße“

Direktstraße 43-44.

Heiraten Sie nicht, ohne...

die „Arztlichen Ratschläge über die Ehe“ von Dr. Bergner gelesen zu haben. 12. Aufl. mit zwei zerlegbaren Modellen des männl. und weibl. Körpers, über 800 Teile darstellend, mit genauer Erklärung. Das Buch enthält Aufklärung über das gesamte Liebes- u. Geschlechtsleben von Mann und Weib, die von der größten Wichtigkeit für die Erhaltung der Gesundheit, der Jugendfrische, des Liebesglücks und die Regelung der Kinderfrage sind. Mk 5.00 gegen Vorauszahlung oder Nachnahme Mk 5.10. (Postbestell. nur gegen Vorausz.) Verlag Saphus, Charlottenburg 1-V, Schließfach 10.

Vorzüglichstes Vorbeugungs- und Heilmittel gegen die Grippe,

die, wie viele Professoren und Aerzte festgestellt haben, infolge des Kaltemangels unserer Nahrung so überaus heftig auftritt, ist der fortlaufende

Genuß von Calciumwasser.

Die Ältesten und von den Professoren und Aerzten Löw, Emmrich in München, von Noorden in Frankfurt a. M., Borthold in Schleswig, Frank in München, Braitmaier in Kiel u. a. m. empfohlenen und anerkannten Quellen sind die

Calciumquellen von Bad Suderode a. Harz und Bad Sodenenthal im Spessart

1 Flasche pro Woche genügt.

Zu beziehen durch die Mineralwassergroßhandlungen J. F. Heyl & Co., Berlin W 8, Charlottenstraße 68, Dr. H. Lehmann, Berlin NW, Dortmundstraße 12, ferner durch alle größeren Apotheken oder Drogen-Handlungen sowie direkt ab Quelle durch die

Vereinigte Calciumquellen-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 50, Rankestraße 25

(ab Anfang November d. J. Berlin-Steglitz, Albrechtstraße 131).

Wilhelm II. als Ratgeber des Zaren.

Die Proklamation vom Balkon. — Das Volk im Bierck der Bajonette. — Mit seiner Person bezahlen!

Eine Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg.“ hat der Welt bereits Kunde davon gegeben, daß Wilhelm II. dem Zaren Nikolaus während des russisch-japanischen Krieges wiederholt briefliche Ratsschläge erteilt hat. So hat er dem Zaren im Jahre 1906 geraten, das Odium des schiedlichen Friedens von sich auf das Parlament abzuwälzen, indem er diesen der neu gebildeten Duma zur Annahme vorlege. Aber auch schon in früheren Stadien des Krieges hat Wilhelm II. Nikolaus seine Ratsschläge erteilt, wie ein aus dem Jahre 1905 datierter, in englischer Sprache abgefaßter Brief beweist, dessen Wortlaut jetzt durch die russische Revolution bekannt wird. Der Brief ist so umfangreich (zirka 400 Zeilen), daß wir nur einige Hauptstellen im Wortlaut wiedergeben können und den übrigen Inhalt skizzieren müssen.

Der Brief, der die Anekdote „Die Kaiserin Kiki“ führt, geht von dem Attentat auf den Großfürsten Sergius aus. Der Kaiser sagt: „Diese Schüsse von Anarchisten haben eine dunkle und gemeine Tat begangen. Ich kann nicht glauben, daß diese Teufel aus den Reihen Deiner Unterthanen hervorgegangen seien. Es sind sicher Ausländer aus Genf.“ Hieran anknüpfend, entwickelt der Kaiser dem Zaren die „europäische Meinung“, die sich übereinstimmend über die Verhältnisse in Rußland gebildet habe. In das Gewand dieser „europäischen Meinung“ sind dann auch die folgenden Ratsschläge gekleidet, so daß dem Zaren die Meinung seines fürstlichen Beraters gleichsam als der Standpunkt der gesamten europäischen Öffentlichkeit dargelegt wird. Da heißt es u. a.:

„Das Résumé aller dieser „on dit“ (wörtlich: Man sagt — gemeint ist eben die öffentliche Meinung Europas) ist folgendes: Das Regime Nikolsch hat der Presse allzu plötzlich viel größere Freiheit gewährt als früher, und hat die Zügel, die diese so streng hielt, allzu schnell gelockert.“

Daher sei die Ehrfurcht vor der absoluten Regierung gemindert worden, wie aus einer Reihe von Briefen an den Zaren hervorgehe, und dem Zaren wird der Rat erteilt, diese Ehrfurcht wieder herzustellen. Bei den Leuten habe sich die Ueberzeugung gebildet, daß sie vor das Schloß des Zaren hintreten und ihm ihre Wünsche vorbringen können:

„Deshalb wird die Meinung geäußert, daß es nützlich sein würde, wenn der Zar einige von ihnen, die ein von Truppen umgebenes Bierck bilden würden, vor dem Schloß empfangen und ihnen vom Balkon eine Ansprache halten würde. Er müßte dabei von der Gerechtigkeit im Ornat und mit Kreuzen und von seinem Gefolge umgeben sein und zu den Leuten wie ein Vater sprechen. Das müßte geschehen, bevor die bewaffnete Gewalt zu Worte käme. Es würde sehr möglich sein, auf diese Weise ein Blutvergießen zu vermeiden, oder wenigstens seinen Umfang zu mindern.“

Der Kaiser meint, daß eine solche Rede vom Balkon bis in die entferntesten Gegenden des Reiches ertönen und „eine ungewöhnliche Niederlage der Demagogen und Agitatoren“ bedeuten würde. — In folgendem geht der Kaiser dem Zaren in der Form schonend, in der Sache sehr bestimmt auseinander, daß der japanische Krieg unpopulär sei, und da die Verantwortlichkeit für die Niederlagen dem Herrscher zugehörten werde, zu der Unpopularität des Herrschers und seiner Dynastie beitrage:

„In Europa sind alle gleichsam durch ein Mißverständnis überkommen in dem Punkte einig, daß der Zar persönlich für den Krieg verantwortlich ist. Der Anfang des Krieges, das Unerwartete des plötzlichen Ueberfalles, die offenbar unzureichende Vorbereitung, all das ist, wie man sagt, seine Schuld. Man sagt, daß Tausende von Familien, die ihre Männer durch den Krieg verloren haben, für das Blut dieser den Zaren verantwortlichen Mächte und ihre Klagen vor seinen Thron vorbringen.“

Der Kaiser geht dem Zaren auseinander, daß ein populärer Krieg für den Herrscher leicht zu ertragen sei. Die Verantwortung für eine unpopuläre Sache ist aber ganz etwas Anderes. Und dieser Krieg sei in allen Klassen Rußlands unpopulär, selbst bei den Offizieren, hauptsächlich wegen der Mißerfolge der russischen Waffen.

Am Resultat dieser Ueberlegungen hängt das Publikum an, angebunden, der Zar könne selbst das Oberkommando übernehmen und sich an die Spitze der Truppen stellen. ... Sowohl das europäische Publikum, als auch die russische Nation blüht inständig auf den Armen und erwartet, daß er hervortreten und sein großes Werk selbstvollbringen wird. Man erwartet von ihm, er möge allen zeigen, daß er, der Selbstherrlicher seines Volkes, bereit ist, dessen Sorgen und Leiden zu teilen, soweit es in seiner Macht steht. Diese allgemeine Erwartung hat niemand sehr glücklich in folgenden Worten andgedrückt (Das folgende im Urtext französisch): Der Zar muß eine große Tat vollbringen, um seine Macht aufs neue zu stiften und seine bewährte Dignität zu retten. Er muß mit seiner Person bezahlen (il faut qu'il paye de sa personne).

Am folgenden wird dann wieder die Idee einer feierlichen Proklamation an das Volk mit allem Pomp erörtert, die vom Balkon aus erfolgen soll. Der Zar solle nach Modan fahren, den Adel und die Nobilität in seinem prächtigen Palast versammeln und sich mit einer Rede an sie wenden:

„Man könnte mit einem Titel für die veröffentlichten Briefe für die an den Zaren gerichteten Schmisschreiben beginnen und sagen, daß sei eine schlechte Sitte, die nicht wiederholt werden solle. Dann müßten die Reformen, die der Zar selbst für sein Volk nützlich findet, erklärt werden. Feierliche Versprechungen allgemeiner gesetzgebender Versammlungen, keine Ausschüsse, feierliche Nationalkonvente, sondern einfach ein „habebat corpus“ und die Erweiterung der Kompetenz des Staatsrats, feierliche Versammlungen, aber Pressefreiheit und der strengste Befehl an alle Senatoren, in Zukunft alle Anfeindungen zu vermeiden. Dann muß der Zar seinen Unterthanen seinen Willen in Bezug auf die Armee kundtun, falls er es für möglich und notwendig hält, selbst am Feldzug teilzunehmen. ... Nachher muß der Zar umgeben von seiner Gerechtigkeit mit Kriechenbauern, Kreuzen, Weibchen und Heiligenschildern auf den Balkon treten und die eben gehaltenen Rede schon als Manifest an seine treuen Unterthanen halten, die unten im Hofe versammelt von den geschlossenen Reihen der Truppen mit aufmerksamstem Selbengewehr und blankem Säbel umgeben sein müssen.“

Dann wird das ganze tiefgerührte Volk Dir begehrt zuzubehören, auf die Knie fallen und für Dich beten.“

Nach den gestern gefaßten Beschlüssen des Reichstages hätte künftig für einen derartigen Brief des Kaisers der Reichstagskanzler die Verantwortung zu übernehmen.

Die Verfassungsvorlagen im Reichstag.

197. Sitzung, Sonnabend, den 20. Oktober, nachmittags 2 Uhr. Am Bundesrat: Gröber, v. Bayer, Trimbora, Erzberger und v. Wonn.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Stiehmüller (L.): Der „Vorwärts“ hat in der Nummer vom 20. Oktober bemerkt, an der Beratung über die Erhöhung der Raumschiffhöhe im Ausland hätten sich die Konservativen nicht beteiligt. Ich stelle fest, daß weder dem Kollegen Reibel noch mir eine Einladung zu dieser Sitzung zugegangen ist.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur

Abänderung des Artikels 11 der Verfassung,

wonach zur Kriegserklärung, zu Friedensverträgen und zu Verträgen über Gegenstände der Reichsgeschäfte die Zustimmung des Bundesrats und Reichstags erforderlich ist.

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag der Reichheitsparteien vor, wonach der Reichstagsrat in seiner Ausübung des Vertrauens des Reichstags bedarf, und ferner für alle Handlungen des Kaisers von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Befugnisse vornimmt, die Verantwortung trägt. Weiter wird bestimmt, daß die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verschiebung der Offiziere und Beamten der Armee und Marine unter Gegenzeichnung des Reichstagskanzlers erfolgt. Entsprechende Bestimmungen sollen auch für die Kontingente gelten, wo die Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents notwendig ist.

Abg. Graf Westphal (L. zur Geschäftsordnung): Meine Freunde widersprechen der Verlesung des Abänderungsantrages im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen. Abänderungsanträge sind bei der dritten Lesung zwar zulässig, hier handelt es sich aber nicht um einen Abänderungsantrag, sondern um die Vorlesung eines neuen Gesetzes. Die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen betreffen andere Materien als der Artikel 11.

Präsident Behrens: In früheren Fällen ist die Frage der Zulässigkeit von Anträgen bei der dritten Lesung, d. h. also ob die gestellten Anträge in wesentlicher Verbindung mit der Hauptfrage stehen, stets durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden.

Abg. Gröber (Z.): Als die bekannte Vorlesung vorgelegt wurde, wurden auch in der dritten Lesung schriftliche Anträge auf Abänderung von anderen Bestimmungen des Strafgesetzbuches gestellt und niemand erhob Einspruch dagegen. Bei einer Vorlage, welche die Verfassung ändern will, sind wir also formal im Recht, wenn wir auch andere Artikel der Verfassung abändern.

Abg. Graf Westphal (L.): Bei dem vom Abg. Gröber angeführten Fall hat eben niemand widersprochen. Hier aber widersprechen wir und würden einen Mehrheitsbeschluß als einen Bruch der Geschäftsordnung auffassen.

Abg. Gehr (Z.): Bei Meinungsverschiedenheiten ist stets durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden und so muß auch heute entschieden werden. In der Sache selbst schließe ich mich vollkommen dem Abg. Gröber an. Das Land hat in zahlreichen Fällen bei der Zulassung von Anträgen nicht auf einen so engen formalistischen Standpunkt gestellt; ich erinnere nur daran, daß im Jahre 1900 bei Erledigung des Kottbuscheres eine Änderung des Zolltarifs und des Stempelgesetzes vorgenommen wurde. Wir handeln also bei Stellung unseres Abänderungsantrages durchaus im Geiste der Geschäftsordnung und Meiden in Uebereinstimmung mit ihren Bestimmungen.

Abg. Gehr (Z.): Meine Freunde werden keinen Widerspruch gegen die Zulässigkeit der Verhandlung der Abänderungsanträge erheben.

Abg. Gehr (Z.): Meine Freunde sind niemals der Auffassung gewesen, daß der Titel eines Gesetzes entscheidend ist für die Umnennung der in dem Gesetz behandelten Materie. Die Geschäftsordnungsdebatte schließt. Gegen die Stimmen der Rechten wird die Zulässigkeit der Abänderungsanträge beschlossen.

Abg. Müller-Weinigen (D.):

Die Behauptung, daß unsere Anträge vom Ausland diffamiert seien, kann nur Unwissenheit aufstellen. All die Anträge haben schon den Verfassungsausschuß beschäftigt. Hier die rein platonische, moralische Verantwortlichkeit des Reichstagskanzlers soll hier die kanonisch-juristische Verantwortlichkeit fragegestellt werden. Wir wüßten hier, was unsere Väter gemollt haben, und folgen damit den besten Traditionen des deutschen Parlamentarismus. (Beifall)

Abg. Eiß (nat.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Anträgen. Das nationale Interesse gebietet die notwendigen Verfassungsänderungen schleunigst geltend zu machen, um das Land aus dem Zustand der Verwirrung zu lösen, damit dem Ausland jeder Vorwand zu der Behauptung genommen wird, eine Fortführung dieses Krieges richte sich gegen irgendwelche Machtverhältnisse in Deutschland und nicht gegen das deutsche Volk. (Sehr richtig)

Ein Abänderungsantrag Albrecht (L. Z.) kann nicht mit zur Debatte gestellt werden, da er nicht die notwendigen Unterschriften hat.

Abg. v. Gröbe (L.):

Die Anträge haben die weitestgehenden Konsequenzen. Schon erwähnt eine Änderung des Rahmens eines unter den Reichstagskanzler (Sehr richtig links). Das wäre allerdings die tragische Konsequenz dieser Anträge, daher können sie nicht in dieser Eile erledigt werden. Die Unterzeichnung des Reichstagskanzlers unter den Willen der Mehrheit des Reichstags müßte auch die Unterzeichnung der preussischen Stimmen im Bundesrat unter diese Mehrheit stellen. Damit beruhen die Beschlüsse seines bisherigen führenden Einflusses im Bundesrat. Das ist

ein vollständiger Umsturz.

eine völlige Entrechtung des Reichstags, (Sehr wahr! rechts.) Es wäre unverständlich, wenn der Bundesrat dem ohne weiteres zustimmen würde. (Sehr wahr! rechts.) So ganz kann man das große Verdienst des Reichstags nicht verschmerzen. Der Reichstag soll dem auch entscheiden, was politische Handlungen des Kaisers sind. Das muß zu ständigen Konflikten führen. Die Kommandoergewalt der Krone soll hier erst losgelassen werden. Das soll man als alter Soldat, als alter Deutsche und Deutsche mitmachen! Früher haben Sie behauptet, daß Sie das Kommando zu einem Schattensystem zu übertragen wüßten. Heute aber sind Sie so weit, um Sie das Kommando über die Krone zu fordern? Und welche Erbitterung muß es zwischen den Parteien auslösen, wenn das persönliche Band zwischen ihnen und dem obersten Kriegsherrn gerissen würde. Die Armee empfindet diesen Eingriff als schwere Kränkung, und ich bin überzeugt,

daß die maßgebenden Stellen nicht mitmachen werden.

(Unruhe links.) Sie berufen sich auf die militärischen Stellen nur, wenn es ihnen paßt; wie Hindenburg aber über die Wilson-Kate denkt, erzählt das freie Volk unter der demokratischen Regierung nicht. Ich vermute darauf, daß die allerhöchste Stelle sich nicht zu solcher Machtpolitik verurteilen lassen wird. (Unruhe links.) Das monarchische Gefühl werden Sie dem deutschen Volk nicht aus dem Herzen reißen. Die Art, wie Abg. Gehr gestern gesprochen hat, wird auch in sozialdemokratischen Kreisen die Mauer derer verstärken, die sich vor die Person des

Kaisers stellen. Wie die Besprechung der Wilson-Kate hier abgeschlossen wurde, bevor die Sache erledigt ist, erweckt den Anschein, daß Sie vor weiterer Verhandlung mit Wilson ihm erst den Rücken hinwerfen wollen, daß Sie die Krone selbst schamlos gemacht haben. Von der Äußerung Grafen bezogen wir das, die anderen aber werden diesen Schritt noch bitter bereuen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Staatssekretär Gröber:

Wenn die Anträge Annahme finden, wird die Reichsleitung im Bundesrat für sie eintreten. (Beifall bei der Mehrheit.) Zunächst handelt es sich um die Mitwirkung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden. Gerade dieser Krieg beweist, daß ein einzelner, und mag er noch so hervorragend und gewissenhaft sein, die Verantwortung für einen Krieg nicht tragen kann, sie muß vom ganzen Volke getragen werden. Heute kann ein Krieg nur geführt werden, wenn er ein wahrer Volkskrieg ist. Daß der Reichstagskanzler das Vertrauen des Reichstages bedarf, ist lediglich die Formulierung seiner eigenen Erklärung, daß er zur Führung seines Amtes des Vertrauens der Mehrheit sicher sein muß. Die Ausdehnung der Verantwortlichkeit auf alle Handlungen des Kaisers entspricht heute schon einer richtigen Auslegung. So ist z. B. die Entsendung von Truppen nach Finnland nicht nur von militärischer, sondern auch von großer politischer Bedeutung. Das gleiche gilt für die Verhandlung der besetzten Gebiete und ihrer Bevölkerung. Dem Reichstagskanzler gegenüber muß dafür eine verantwortliche Stelle vorhanden sein. Ich erinnere an den Weisheit des Fürsten Bismarck vom 24. Februar 1887 in der „Post“, worin er das Problem der belgischen Neutralität erörterte und es als einen Irrtum bezeichnet, daß die Leitung der Politik den Geschäftsunten des Generalkonsuls unterworfen sei und nicht umgekehrt, daß vielmehr die Politik über den Gesichtspunkt des Generalkonsuls stehen müsse. Auch Fürst Bismarck hat am 19. Januar 1890 erklärt, daß er in weitem Rahmen die Verantwortung für die Durchführung persönlicher Handlungen übernehme. In der Frage der Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges hat Reichswart Holweg es für notwendig gehalten, sich Beratung durch den Reichstag zu verschaffen. Einige Reden, die sich aus der Kommandoergewalt des Kaisers auslösen, sind in Sachsen und Württemberg ähnlich gerufen. Das persönliche Führeramt der Offiziere zum Kommando wird dadurch nicht geändert, es hängt nicht ab von staatsrechtlichen Meinungen, sondern es ist ein Herzogs- und Fürstentum vom Standpunkt des Offizierskorps.

Vizepräsident Dörr stellt mit, daß die Anträge Albrecht nicht die genügende Zahl von Unterschriften gefunden haben, also mit zur Debatte stehen.

Die Anträge wollen den Bundesrat bei der Entscheidung über Krieg und Frieden ganz ausschließen, außerdem in jedem Bundesrat das allgemeine, gleiche, geheimes und direktes Wahlrecht für Männer und Frauen im Alter von über 20 Jahren einführen, die fünfjährigen Legislaturperioden durch einjährige ersetzen, und versetzen vom Reichstagskanzler alljährliche schriftliche Berichte.

Abg. Landöberg (Z.):

Die Anträge Albrecht enthalten durchaus beachtenswerte Anregungen. Man wird sich über sie im einzelnen unterhalten müssen und deshalb beantrage ich, sie dem Verfassungsausschuß zu überweisen. Das Schicksal der Bundesratsmitglieder des Abg. Gröber richtet sich nur gegen meinen Antrag zu § 33 (Ernennung von Offizieren etc.). Ich bin also nicht einmal gewiß, daß in Bayern, Sachsen, Württemberg jetzt bereits die Unterzeichnung des Reichstagskanzlers notwendig ist, und daß wir nur die Wiederherstellung des Zustandes vermissen, der bis 1891 bestanden hat. Herr v. Gröbe behauptete, die Linke habe früher einmal behauptet, daß das parlamentarische System zum Schattensystem führe. Ich halte das für falsch, da es wahr, der bei einer Rede des Herrn v. Gröbe über dies Thema ihm den Jurist machte: „Eduard VII.“ und damals antwortete er und hat damit das parlamentarische System gründlich gerechtfertigt: „Was wollen Sie?

Das war auch ein tüchtiger Kerl!

(Schallende Beifall.) Also ein tüchtiger Mann wird durch das parlamentarische System nicht verhindert, lediglich zu helfen, wohl aber ein untüchtiger Mann Unheil anzurichten. (Sehr richtig!) Die „Kreuzzeitung“ schreibt gegen unsere Anträge, es zeige sich in ihnen der Geist von Bayern. Das ist eine Abscheulichkeit. Das doch uns allen hier das Herz gebietet, als der Vertreter des preussischen Reiches sich hier vom Deutschen Reich loszulösen hat. Das ist die Folge des Willens von Bayern! Tadeln wird mir zu verstehen zu wollen, und unsere Anträge sind das erste, aber nicht das letzte Zeichen dieses Willens. Nach Entlassung verstanden sie nicht, dem Diktator einer unwählbaren Macht, sondern sie sind nebenan aus dem Glauben an unser Volk und seine Zukunft, Nationen, denen das Kriegsglück verlost war, sind schon oft wieder erkrankt, und wir haben den selben Glauben, daß auch unser Volk sich wieder aufrichten wird. Das wird aber nur geschehen können, wenn es die Mehrheit abstellt, die zum Wiederanfang führt. Durch unsere Verfassungsänderungen erklären wir: Wir verlegen den Sinn in das Volk. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, sie könne sich noch immer nicht denken, daß die Bundesrat und die Regierung zusammen werden und die Freiheit, deren Treue zu Kaiser, Reich und Hindenburg nicht letzte Worte sind, dadurch zum äußeren Treiben werden. Man will sich also verfassungsmäßig gekonnt gekommen Gesetzen gewalttätig widersetzen. Die Armee wird gegen die Regierung ausgespielt, und das Echo hörten wir hier, als Herr v. Gröbe antwortet: Die Armee wird sich diese Veränderung der Verfassung nicht gefallen lassen! Das ist

eine unehrliche, eine ruchlose Krücherei.

(Sehr richtig.) Hat ein Mann, der das sagt, auch nur das geringste Verständnis für die Lage unseres Volkes, und wenn er es hat wie ich das Bewußtsein dieses Mannes beschaffen? Die Armee soll die Freiheit des Volkes schützen, nicht aber vernichten. Diejenigen, die mit dem Gedanken des Appells an die Gewalt spielen, spielen zu banque. Reiner von uns will einen Frieden der Ehre, einen Frieden der nationalen Befriedigung. Wird die Front im Westen zusammen, so haben wir unser Schicksal nicht mehr in der Hand, so sind wir ausschließlich Objekt der Friedensverhandlung. Und die Front muß zusammenbrechen, wenn im Innlande der Bürgerkrieg tobt. (Sehr wahr!) Hier ist eine Mehrheit an der Arbeit, die gewillt ist und die Kraft haben wird, der Freiheit in Deutschland eine Gasse zu bahnen. Niemand darf diese Mehrheit an der Arbeit hindern, und niemand wird sie hindern können. Einer Volksmehrheit, die unerschrocken ist, befreite ich nicht das Recht auf Revolution. Niemand aber hat eine Kinderreife das Recht der bewaffneten Erhebung zur Verhängung der Diktatur, und am wenigsten dann, wenn ihr eine erfolgreiche Mitarbeit am Bau des Volkes möglich ist. (Lebhafte Beifall.)

Hg. Bernstein (II. Soz.):

Herr v. Grafe hat geschlossen mit einem Aufruf an die Krone zu einem Staatsstreik. Das muß aufs schärfste zur Kenntnis kommen. Die Anträge, gegen die er sich so heftig gewendet hat, sind dabei nur etwas Halbes. Denn das Zugrunde des Bundesrats zu Entscheidungen über Krieg und Frieden und zu Verträgen ist überflüssig und entzieht die Entscheidung dem Volke. — Durch die Anträge über die Kommandogewalt wird wenig an den bestehenden Zuständen geändert. Der Kaiser behält schließlich doch das Heft in der Hand, er kann in die Arme einen Geist hineinstecken, der für die Demokratie außerordentlich gefährlich ist. Die Früchte dieses Geistes, der in der Arme auch in den Reservistengruppen anwachsend ist, erleben wir ja jetzt. (Sehr wahr! bei den II. Soz.) Wir werden nicht gegen den Antrag stimmen, aber wir täuschen uns nicht über seine Tragweite. Die Heberweisung unseres Antrags an den Verfassungsausschuss scheint ein Verzicht dieser Anträge zu bedeuten zu sollen. (Sehr wahr! bei den II. Soz.) Wilson lehnt es ab, mit denen zu verhandeln, die jetzt an der Spitze des Deutschen Reiches stehen. Dem müssen wir entgegenkommen, wenn wir überhaupt einen Frieden haben wollen. Es gibt keine verbrecherische Handlung, als das Volk darüber zu täuschen, was jetzt auf dem Spiele steht, wenn der Krieg noch weitergeht. (Sehr wahr! bei den II. Soz.) Die Regierung und kein Politiker darf eine solche Va banque-Politik treiben. Wenn jetzt die kommandierenden Generale aufgerufen werden, so protestieren wir auf das schärfste dagegen. Wenn diese Agitation weiter geht, so werden wir die Volksmassen dagegen aufzurufen. (Beifall Zustimmung bei den II. Soz.) In den Persönlichkeiten, die sich heute wieder in den Vordergrund drängen, gehört auch General Heim. Er ist einer derjenigen, die mitgearbeitet haben an der Herbeiführung der Situation, die diesen Artgenossen zur Folge gehabt hat. (Sehr wahr! links.) Dieser General Heim bezieht seit Anfang dieses Jahrhunderts

von einer unserer ersten Rüstungsfabriken ein händiges Gehalt. (Stürm. Hört, hört links.) Ich stelle das hier fest, um der Agitation dieses Herrn ein Ende zu machen. Und General Heim ist nicht der einzige General, der von dieser Firma ein Gehalt bezieht. (Hört, hört!) Sollte die Agitation dieser Leute Erfolg haben, dann fällt auf sie die ganze Verantwortung für alles, was dann kommt. (Beif. Beifall bei den II. Soz.)

Kriegsminister von Scheuch:

Ich kann in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Staatssekretär Gräber noch reichlicher Prüfung der vorliegenden Anträge, in der Form, die sie gefunden haben und in ihrem Inhalt nichts mehr finden, was eine Gefährdung des festen Gefüges unseres Heeres verursachen könnte. (Hört, hört! bei den II. Soz.) Am besondern wird das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizieren durch die Anträge nicht berührt. (Hört, hört! bei den II. Soz.) Die deutsche Mannedeure wird auch in Zukunft unerückelt bestehen als eine der stärksten Stützen unseres Heereswesens.

Damit schließt die Debatte.

Die Anträge Albrecht (II. Soz.) werden gegen die Stimmen der II. Soz. und der Konservativen dem Verfassungsausschuss überwiesen.

Die Verfassungänderungen werden nach den Anträgen der Mehrheitsparteien gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Der Präsident wird ermächtigt, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen.

Schluss gegen 6 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Massenkündigungen in der „Nordstern“-Versicherungs-Akt.-Ges.

Unter den Handlungsgehilfen ist die Berufsgruppe der Versicherungsangestellten diejenige, deren wirtschaftliche Lage geradezu als elend zu bezeichnen ist. Niedrigste Entlohnung paart sich mit völliger Dürftigkeit im Arbeitsverhältnis. Scheinbar haben die Angestellten dieser Betriebe eine sehr geringe Arbeitszeit. Infolge der getragenen unverantwortlich geringen Besoldung besteht aber keine andere Möglichkeit zum Leben, als durch Leistung zahlreicher Ueberstunden wenigstens soviel zu verdienen, als man irgend kann. Dazu sind viele auch gezwungen, Hausarbeit mitszunehmen, um ihre Familien zu ernähren. Ein ganz besonderes System der Wohlthätigkeit läuft nebenher. Weil die Firmen wissen, daß trotz Ueberstunden und Hausarbeit der Angestellte mit seinem Verdienst nicht auskommen kann, so hat man vielfach die Einrichtung der Kreditgewährung geschaffen. Es gibt Firmen, wie z. B. die „Victoria“, bei der jeder verheiratete Beamte bis zum dreifachen Betrage seines Monatsgehalts Kredit nehmen kann. In diesem Zweck sind sogenannte Spar- und Darlehnskassen eingerichtet. Dazu kommen Darlehen, die der Versicherungsangestellte auf seine verschiedenen Versicherungspolice, die er bei der Firma eingeben muß, entnehmen kann. Alle diese Darlehen müssen natürlich in einem bestimmten System in monatlichen Raten wieder abbezahlt werden. Hieraus ergibt sich eine enorme Belastung seines Wirtschaftskontos, was häufig schon in der jetzigen Zeit zum Zusammenbruch der Existenz geführt hat. Man kann sich vorstellen, daß eine solche Angestelltenkategorie dem Unternehmer gegenüber in ein Dürftigkeitsverhältnis gelangt, das auch dem gesamten Stand seinen Stempel aufgedrückt hat. Daraus erklärt sich auch, daß gerade diese Berufsgruppe bisher in viel geringerem Maße den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden hat. Vorträge waren es meist, mit denen man den Versuch unternahm, seine Lage zu bessern. Die Angestellten der „Nordstern“ hatten am 31. August d. J.

der Direktion eine solche Vortragschrift unterbreitet, in der um ausreichende Gehaltssteigerungen gebeten wurde. Sie erfahren, wie immer, eine Ablehnung. Am 1. Oktober d. J. haben nun die Angestellten der „Nordstern“ durch ihre Organisation, den Zentralverband der Handlungsgehilfen, eine gemeinsame Forderung auf Verbesserung ihrer Gehälter wie folgt gestellt: Für Ledige 40 M., für Verheiratete 70 M., für jedes unterhaltspflichtige Kind ein Zuschlag von 15 M. zum bisherigen Gehalt. Zuletzt zahlte die Firma einmal am Quartalsabschluss eine Teuerungszulage je nach der Gehaltshöhe bis zu 25 Proz. des Monatsgehalts für Verheiratete, Unverheiratete und Weibliche erhielten zwei Drittel dieser Beträge. Die Angestellten wußten niemals, ob sie am nächsten Quartalsende noch darauf zu rechnen haben oder nicht. Sie fordern jetzt eine Umwandlung der Quartalssteuerzulage in eine monatliche, weil sie gezwungen sind, diese Beträge für die Ernährung auszugeben.

In den Verhandlungen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen mit der Direktion erklärte dieselbe sich bereit, „in den Grenzen des Möglichen“ etwas zu tun, ließ aber durchblicken, daß man nicht gewillt ist, auf der Grundlage der Forderungen der Angestellten, sondern nur nach Leistung und Fähigkeit etwas zu gewähren. Das höchste Entgegenkommen wäre aber die Erfüllung von mindestens zwei Drittel der Forderungen. Die Direktion versagte sich hinter den Aufsichtsrat, dessen Entscheidung am 20. Oktober fallen soll. Am 23. Oktober haben die Angestellten zu dem Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Es kam dabei zum Ausdruck, daß man eine generelle Forderung wie oben wieder gegeben gestellt habe, nicht etwa um Leistungen und Fähigkeiten abzumessen, sondern um die im Laufe der Zeit gegenüber der Teuerung so stark zurückgebliebenen Einkommen in Einklang zu bringen. Die Teuerung sei für Verheiratete und weniger Verheiratete vollkommen gleich, deswegen könne man auch nur Unterschiede zwischen Ledigen, Verheirateten und Verheirateten mit Kindern zulassen. Die Angestellten müßten darauf dringen, daß ihnen ein Existenzminimum zugesichert würde. Wie berechtigt die Forderungen der Angestellten sind, ergibt sich aus einzelnen Angaben. Wenn man darauf hinweisen kann, daß in einer Gruppe von 14 in der Buchhaltung tätigen Damen ein Durchschnittseinkommen inklusive der Teuerungszulage von 150 M. pro Monat erreicht wurde, 13 Diensthilfen in einer Gruppe erzielen ein Durchschnittseinkommen von 110 M., eine Gruppe von 9 Männern eines Versicherungs-Bureaus erzielen ein Durchschnittseinkommen von 100 M., eine Gruppe von 20 Hilfsbeamtinnen hat ein Durchschnittseinkommen von 123 M. pro Monat.

Dagegen beziehen die 5 Vorstandspersonen der Lebensversicherung „Nordstern“ allein an Lantime 110 718 M., 10 Aufsichtsräte 197 532 M. Dabei ist zu bemerken, daß die Firma drei große Versicherungsweige betreibt: Lebensversicherung, die Feuer- und die Unfallversicherung und daß die Direktoren nicht nur von der Lebensversicherung, sondern auch von der Unfall- und der Feuerversicherung ähnlich hohe Lantimen beziehen. Die Gehälter der Direktoren und die Brantanten der Firma stehen in einem krassen Gegensatz zu den elenden Einkommensverhältnissen der Angestellten. Die Angestellten haben in ihrer letzten Versammlung, von der Vorlage getrieben, in der nachstehenden Resolution ihren Standpunkt dargelegt:

„Die versammelten Angestellten der „Nordstern“ Versicherungs-A.-G. erklären, daß sie die Angelegenheiten der Direktion als ungenügend betrachten und an ihren beschiedenen Forderungen einer generellen Gehaltsaufbesserung für Ledige 40 M., für Verheiratete 70 M., für jedes Kind 15 M. pro Monat festhalten.

Weiter wird grundsätzlich die monatliche Auszahlung der bisher quartalsweise bezahlten Teuerungszulage in der umgerechneten Höhe gefordert. Da es sich bei diesen Forderungen um einen Ausgleich der Teuerung handelt, müssen es die Angestellten ablehnen, ungleichen, nach Leistung und Fähigkeit der Angestellten abgestuften Zulagen zuzustimmen. Deshalb erfordern die versammelten Direktion und Aufsichtsrat, die Mindestforderungen der Angestellten zu erfüllen, weil sie aus der Not der Zeit geboren sind.

Die Angestellten verpflichten sich, für den Fall der Ablehnung zum nächsten Termin die Massen!ündigung einzureichen.“

Es wird abzuwarten sein, welche Stellung die Aufsichtsratsführung am 29. Oktober zu dieser Angelegenheit nehmen wird. Wir meinen, daß es einer so kapitalkräftigen Firma in der gegenwärtigen Zeit nicht allzu schwer fallen dürfte, die beschiedenen Forderungen der Angestellten reiflos zu erfüllen.

Ein paritätischer Arbeitsnachweis für das Textilgewerbe Groß-Berlins.

Schon seit Jahren erstrebt die Verwaltung Berlin des Deutschen Textilarbeiterverbandes die Umwandlung ihres Facharbeitsnachweises in einen paritätischen unter Verwaltung der Stadt Berlin, aber alle Bestrebungen scheiterten an der Einstichlosigkeit der Arbeitgeberorganisationen, von denen das Groß-Berliner Textilgewerbe neun selbständige Organisationen besitzt, darunter zwei Innungen. Auch hier mußte erst der Arien eine Aenderung herbeiführen. Jetzt haben folgende drei Arbeitgeberorganisationen: Defakur-Vereinigung, Färberei-Vereinigung Berliner Möbelpolierinnen und die Besamanten- und Seidenknopfmacher-Innung Berlin, mit den Arbeitnehmerorganisationen: Deutscher Textilarbeiterverband und Gewerbeverein (Hirsch Dunder), die Gründung eines paritätischen Arbeitsnachweises beschlossen. Am 1. April 1919 soll derselbe in den Räumen des städtischen Arbeitsnachweises Berlin in der Gormannstraße eröffnet werden, wenn nicht zwingende Gründe eine schon frühere Eröffnung notwendig machen.

Forderungen der Telegraphenarbeiter.

Die Bezirksleiter, Vertrauensleute und Ausschussmitglieder der Arbeiter und Handwerker der Reichs-Post- und Telegraphenver-

waltung trafen am gestrigen Sonnabend zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Nach einem Referat des Bundesleiters des Reichs-Post- und Telegraphenverbandes über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sowie über die notgedrungenen Forderungen der Telegraphenarbeiter wurden folgende Anträge in Form einer Entschließung angenommen und die Ausschussmitglieder sowie die Organisationsleitung beauftragt, diese den zuständigen Behörden und der Volksvertretung sofort zu übermitteln:

- 1. Erhöhung der bis jetzt gezahlten Tagelöhne um durchschnittlich 25 Proz. rückwirkend vom 1. Oktober 1918 an alle ständig beschäftigten Arbeiter, Handwerker und Hilfsarbeiter.
2. Erhöhung der bis jetzt gezahlten Teuerungszulagen um durchschnittlich 25 Proz. rückwirkend vom 1. Oktober 1918 an alle Arbeiter, Handwerker und Hilfsarbeiter.
3a. Nachgewährung der zu wenig gezahlten einmaligen Teuerungszulagen im August 1918 durch Vorenthaltung von zwei geleisteten Arbeitstagen.
3b. Erhöhung der Höchstgrenze der einmalig gezahlten Teuerungszulage im August 1918 von 500 auf 650 M., damit die Anzahl der Kinder von 3 bis 7 Berücksichtigung findet.
4. Die Dauer der Arbeitszeit dahin zu ändern, daß nicht wie bisher 60 Arbeitsstunden herauskommen, sondern daß das Höchstmaß der Arbeitszeit auf 54 Stunden, d. h. auf täglich 9 Stunden beschränkt wird, und zwar von morgens 7 bis nachmittags 5 Uhr mit einer halbstündigen Frühstückspause und einer halbstündigen Mittagspause.
5. Erweiterte Urlaubsgewährung an die Telegraphenarbeiter und Handwerker bei Beerdigung eines verstorbenen Kollegen.

Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Partei Altonas hat durch den Tod eines hervorragend tätigen Genossen einen empfindlichen Verlust erlitten, Ernst Bied, der bereits in seinen Jugendjahren unter dem Ausnahmegesetz gefährliche Pionierarbeit für die sozialistische Sache geleistet hat, ist einer tödlichen Krankheit im Alter von 54 Jahren erlegen. Bied gehörte lange Jahre dem Zentralvorstand des achten und zehnten Wahlkreises und seit dem vorigen Jahre der Bezirkskommission des „Hamburger Echo“ an. Von seiner Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiterverband, wurde er in den bald nach Kriegsausbruch errichteten Arbeitsnachweis der Stadt Altona entsandt, wo er in Verbindung mit dem Direktor Bauersfeld hervorragendes geleistet hat.

Die „Mülhauser Volkszeitung“, unser obererflächiger Parteiblatt, hat in den letzten drei Wochen 8000 Abonnenten gewonnen.

Industrie und Handel.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Schließung der Börse?

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ setzt sich für die Schließung der Essener Börse ein, auf der, seit die selbständigen Kohlengewerkschaften immer seltener geworden sind, meist nur Kalkulare gehandelt werden.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ begründet dieses Verlangen mit dem kolossalen Kurssturz, der gerade auf diesem Marktgebiete erfolgt ist. Die bisherige Bewertung der Kalkaluren und Kalkulare habe sich auf dem Kalkimonopol Deutschlands und auf der Hoffnung auf einen Steigtrieb aufgebaut. Diese Erwartungen und Berechnungen seien zusammengebrochen. Die drohende Abbreitung des Eisens werde auch das deutsche Kalkimonopol durchbrechen und damit eine Neubewertung des in ihm arbeitenden Kapitals erforderlich.

Es ist wahr, daß diese Erwägungen an dem Zusammenbrüche des Kalkimarktes mit beteiligt sind; aber nicht minder wahr ist, daß der Einsturz des Kursgebäudes so rasch und vollständig erfolgte, weil eine fieberhafte erregte Spekulation als Agiotage trieb und entgegen allen dringlichen Warnungen der Reichsbank Kredit für Börsengeschäfte, und zwar ganz besonders beim Geschäft in Kalkaluren, gegeben wurde.

Das Verlangen nach Schließung der Börse ist in diesem Falle wie bei den meisten Gelegenheiten nicht nur unbedeutend, sondern auch ein unangenehmes Mittel. Wenn der offizielle Markt, den die Börse darstellt, nicht funktioniert, verschleudern die in Angst versetzten Kapitalisten ihren Besitz ohne jede Rücksicht auf eine vernünftige Bewertung unter der Hand. Die Anpassung der Kurse an die politische Lage ist nicht aufzuhalten.

Es wird glänzend weiter verdient

Die Einnahmen der Porzellanfabrik Königszell konnten aus der Rekrutierung von 324 311 auf 882 611 M. gesteigert werden. Nach Abzug der Produktionskosten sowie der Abschreibungen von 53 196 M. (44 347) steht ein Ueberschuß in Höhe von 664 372 M. (33 076) zur Verfügung. Die Verwaltung schlägt vor, aus dem Ueberschuß 12 Proz. Dividende (i. B. 0 Proz.) zu zahlen.

Frauen-Leseabende.

Schöneberg. Ein Frauenleseabend findet morgen Montag, abends 8 Uhr, bei Zimmermann, Tempelhofer-Edle-Heidestraße, statt. Genosse Reinhold Käter spricht über: Volkswille und Volksehracht.

Verantwortlich für Politik: Erich Dauter, Berlin. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Kaufhaus für Auswärtigen Theodor Bloße, Berlin. Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag-Lithographie und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen.

O. Wertheim

Kleiderstoffe

- Kostümmstoffe 130 cm breit . . . Mtr. 36.00
Seiden-Kaschmir 100 cm breit, beste Ware . . . Mtr. 84.00
Cheviotstoffe 130 cm breit, für Kostüme u. Mäntel in Wolle, Halbwohle, Kunstwolle in verschiedenen Farben u. d. Preislagen.
Hauskleiderstoffe wollartige starke Stoffe Mtr. 24,00 39,00 45,00

Pelz-Mäntel

- Breitschwanz-, Sealbisam-, Nutria-, Persianer-, Maulwurf-, Zobelfeh-, Stoff-Mäntel mit Pelz gefüttert.
Skunks-Kanin-Mantel lose Form 1900,00

Pelz-Kragen

- Patagonisch Kanin Kinderkragen doppelte Form 37.00
Fehkanin Backfischkragen Tlorform 38.00
Skunkskanin Kragen 53 50
Skunkskanin doppelte Fuchsform 95.00
Patagonisch-Kanin Kragen (Roller) 105.00
Nerzmurmel-Kragen Fuchsform 129.00
Imitiert Weißtuchs grade Form 135.00
Füchse echtfarbig, sowie geblendet, in verschied. Preislagen.

Blusen

- Bluse aus China-Seide, mit Stehkragen und Kopf-ei garniert 41.00
Bluse aus gestreifter Kunstseide, halbfreie Form 63.00
Bluse aus Perl-Seide, offen und geschlossen zu tragen und reich mit Stepperei verziert 75.00
Bluse aus guter, gestreifter Seide, mit einfarbiger Seide garniert 83.00

Blusen der Reichsbekleidungs-Stelle

10.00, 10.85, 12.00, 13.80

Verkauft nur gegen besonderen Berliner Bezugsschein.

Seidenstoffe

- Schwarzer Taffet 90 cm breit . . Mtr. 50.00
Gestreift Messaline in schwerer Ware . Mtr. 28.25
Kariert Louise solide Qualität, Mtr. 19.75
Farbige Tafiete in verschied. Farben u. Qualität.

Damen-Wäsche

- Große Auswahl:
Taghemden Beinkleider Nachthemden
Unterröcke Hemdhosen Morgenröcke
aus Batist mit Stickerei oder Spitzen in Crepe de chine* bis zu den elegant. Ausführungen.
Weiße Röcke mit Stickerei oder Spitze.
*Damen-Schlafanzüge in verschiedenen Ausführung.
Kinder-Wäsche verschiedene Sorten in großer Auswahl.
*Nur Ladung Berlin.